

Nr. 2 Juni '94

**SUPERWAHLJAHR '94 -  
EUROPÄISCHE INTEGRATION -  
BERICHTE UND NOTIZEN - TERMINE -  
TREFFEN DER INITIATIVE „NETZWERK“**

## Inhalt

Editorial .....	S 2
Superwahljahr 1994 .....	S. 3
Europäische Integrationsbewegung.....	S. 12
Notizen und Berichte .....	S. 18
Bekanntmachungen und Termine .....	S. 21
Wenn die Bürokratie auf den Hund kommt.....	S. 22
Netzwerk-Arbeitstreffen .....	S. 23

## Impressum:

Rundbrief *Dreigliederung des sozialen Organismus*. Herausgegeben von der Initiative "Netzwerk Dreigliederung". Redaktion: Dr. Christoph Strawe. Verwaltung: Sabine Frey. Adresse: Haußmannstr. 44a, D-70188 Stuttgart, Tel.: 0711-2368950, Fax: 0711-2360218. Es erscheinen in der Regel 4 Hefte pro Jahr. Versand (Abo) gegen Kostenbeitrag (Richtsatz für das volle Jahr DM 30,-). Zahlungen bitte durch Geldschein, Scheck oder Überweisung auf Konto Nr. 1161625, Treuhandkonto Czesla, Landesgirokasse Stuttgart, BLZ 60050101. Bitte jeweils das Stichwort "Rundbrief" angeben. Bei Beiträgen zum Kostenausgleich der Initiative "Netzwerk Dreigliederung" werden, soweit keine gesonderte Überweisung für den Rundbrief erfolgt, DM 30,- auf den Rundbrief angerechnet.

## Notiert (März bis Anfang Juni)

In Südafrika scheint der Übergang zu demokratischer Gleichheit mit der Wahl Nelson Mandelas zum Staatspräsidenten und der Bildung einer breiten Regierungskoalition zunächst gelungen. Die palästinensische Autonomie nimmt Gestalt an, zugleich formieren sich die fanatischen Gegner des Friedens und versuchen weiterhin, den Friedensprozeß mit Gewalt zu torpedieren. Islamische Fundamentalisten lassen nicht nach in ihrem Versuch, im Nahen Osten theokratische Gesellschaftsstrukturen zu restaurieren. Militante Gruppen versuchen durch Anschläge auf Touristen politisch zu wirken. Zwischen Nord- und Südjemen hat sich ein blutiger Bürgerkrieg entwickelt.

Ein furchtbarer Bürgerkrieg wütet auch in dem afri-

kanischen Land Ruanda, in dem in denkbar kürzester Zeit eine halbe Million Menschen bestialisch ermordet werden. In dem Bürgerkrieg im Südsudan, von dem die Weltöffentlichkeit inzwischen kaum noch Notiz nimmt, sind inzwischen 2 Millionen Menschen elend umgekommen. Auch das ehemaligen Jugoslawien findet keinen Frieden, wenn auch eine Föderation zwischen den bosnischen Kroaten und Moslems inzwischen Gestalt annimmt. Die Moslems konnten in der letzten Zeit einige militärische Erfolge verzeichnen. Ein gefährlicher Krisenherd baut sich in Nordkorea auf, wo der stalinistische Diktator Kim Il Sung (von der Propaganda nur als „very respected and beloved leader“ titulierte) eine Kontrolle seiner Atomanlagen verweigert.

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland hat zeitweilig die 4-Millionen-Grenze überschritten. In Sachen Pflegeversicherung ist ein Kompromiß gefunden worden. Die Forderung der SPD, eine Ergänzungsabgabe für „Besserverdienende“ einzuführen hat zu einer scharfen innenpolitischen Kontroverse geführt. Rechte Gewalt und organisierte Kriminalität nehmen zu, zugleich blüht das „Geschäft mit der Sicherheit“. Das Land hat einen neuen Präsidenten: Roman Herzog, ein eher konservativer Mann, den man zugleich aber wohl als „Verfassungspatriot“ bezeichnen kann. Vor einiger Zeit sprach er den Satz aus: „Der heutige Staat macht zuviel...“ Zwischen Staat und Kirchen hat sich in der Frage des Kirchenasyls für Ausländer eine Kontroverse entzündet. Gleichzeitig haben die SPD-geführten Länder die Abschiebung von Kurden ausgesetzt, weil deren Sicherheit in der Türkei nicht gewährleistet sei. Kontroversen hat eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ausgelöst, die klarstellt, daß eine strafrechtliche Verfolgung des Besitzes von Haschisch-Kleinstmengen nicht zwingend ist. Auch die Frage des Imports britischen Rindfleisches („Rinderwahnsinn“) und der Vorwurf, Herzchirurgen hätten bei den Herstellern von Herzklappen abgesahnt, beschäftigen die Öffentlichkeit. Der Immobilienunternehmer, Finanzjongleur und Milliardenpleitier Jürgen Schneider ist flüchtig. Sein Fall hat vor allen Dingen die Banken ins Kreuzfeuer der Kritik gebracht, wozu der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank, H. Kopper, mit seiner Äußerung, für sein Institut handele es sich bei den in Frage stehenden Summen um „peanuts“, kräftig beigetragen hat.

Ein politisches Erdbeben hat Italien politisch verändert: Nun ist die Regierung des Medienunternehmers Berlusconi an der Macht (mit Berlusconis eigener Partei, der Lega Nord und den Neofaschisten). Schweden, Österreich, Finnland und Norwegen verhandeln über den Beitritt zur EU, in Österreich soll im Juni eine Volksabstimmung stattfinden. Der amerikanische Präsident Bill Clinton hat in der Menschenrechtspolitik eine Wende vollzogen, indem China - im 5. Jahr nach dem Massaker am Platz des Himmlischen Friedens - weiterhin die Meistbegünstigung im Handel gewährt wird. In Ungarn haben die Sozialisten mit Gyula Horn an der Spitze die absolute Mehrheit gewonnen. Die Mehrheit der Bevölkerung steht offenbar unter dem Eindruck, daß die dogmatisch-marktwirtschaftliche Politik der Konservativen soziales Elend produziert und

nur einem Teil der Gesellschaft nützt. Der britische Premier John Major ist dabei, seinen Ruf als Politiker der soziale Kälte durch eine Kampagne gegen Bettler zu festigen ('Bettler sind eine Belästigung, niemand muß betteln'). Man erinnert sich an den alten Satz, daß es Armen und Reichen gleichermaßen verboten ist, unter Brücken zu nächtigen. Rußlands Präsident Jelzin besucht die Bundesrepublik, wobei die heikle Frage der Feiern aus Anlaß des Abzugs der alliierten Truppen aus Deutschland geklärt werden kann. Rußland strebt nach Zusammenarbeit mit der NATO, Verteidigungsminister Gratschow schlägt einen permanenten „Konsultationsmechanismus“ vor, was aber in Brüssel abgelehnt wird, da es Rußland faktisch ein Einspruchsrecht gegen Entscheidungen der NATO sichere. Der Dichter Alexander Solschenizyn ist nach Rußland zurückgekehrt, wo er nach seinem Eintreffen harte Kritik an der gegenwärtigen Entwicklung des Landes geäußert hat.

Am 6. Juni jährt sich zum 50. Mal der „D-Day“, der Tag der alliierten Invasion in der Normandie.

*Christoph Strawe*

### In eigener Sache

Im Juni ist **Marita Holst**, die bisher die Verwaltung des Rundbriefs besorgte, als Mitarbeiterin des Büros ausgeschieden, um sich einer neuen beruflichen Tätig-

keit bei der Württembergischen Versicherung AG zu widmen. Ihr sei an dieser Stelle für die geleistete Arbeit ein herzliches Dankeschön gesagt.

Als Nachfolgerin im Büro nimmt **Sabine Frey** ihre Arbeit auf. Sabine Frey war bisher im Schulbüro der Freien Waldorfschule Uhlandshöhe in Stuttgart tätig.

### Zur Finanzierung der Initiative "Netzwerk Dreigliederung": Kostenausgleichsverfahren und Rundbrief

Im Zusammenhang mit dem Netzwerk-Seminar im April in Frankfurt fand auch eine Besprechung der finanziellen Situation statt. Was den Kostenausgleich angeht, so lagen wir zum Zeitpunkt des Treffens noch mit ca. 4.500,- DM unter dem Etatansatz, beim Rundbrief fehlten noch ca. 4.700,- DM. Wir bitten alle Freunde zu prüfen, ob Sie noch zur Deckung dieser Kosten beitragen können. Insbesondere bitten wir diejenigen Rundbriefbezieher, die für das laufende Jahr noch keinen Kostenbeitrag für den Rundbrief geleistet haben, dieses möglichst umgehend nachzuholen.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir allen Freunden herzlich danken, die bisher zum Kostenausgleich beigetragen haben.

## Perspektiven und Arbeitsformen der Dreigliederungsbewegung - Aufgaben im "Superwahljahr" 1994 und darüber hinaus

*Christoph Strawe*

*Am Sonntag, dem 17. April 1994 fand ein Seminar der Initiative „Netzwerk Dreigliederung“ statt, bei dem es um die Aufgaben der „Dreigliederer“ im Superwahljahr 1994 ging. Einleitende Referate hielten Dr. Otto Ulrich, Autor des Buches "Politik als Kunst" (Perspektiven politischer Erneuerung im wiedervereinigten Deutschland), Udo Herrmannstorfer (Formen des öffentlichen Wirkens für die Dreigliederung - Am Beispiel der Initiative "Schweiz im Gespräch") und Christoph Strawe (zum Seminarthema). Im folgenden wird der Versuch gemacht im freien Anschluß an die Ausführungen der Referenten und das Gespräch die Kernpunkte des Seminars zu referieren. Eine Rolle im Gespräch bei diesem Seminar spielte auch die von Wilfried Heidt und anderen Freunden zum Superwahljahr ergirffene „Initiative '94“, zu der unterschiedliche Einschätzungen und Auffassungen geäußert wurden. Wir dokumentieren das Anliegen dieser Initiative ausführlich im Berichtsteil dieses Rundbriefs.*

### Perspektiven politischer Erneuerung im wiedervereinigten Deutschland

Zu diesem Thema referierte Dr. Otto Ulrich. Er verwies zunächst auf die Debatte über die europäische Entwicklung nach Maastricht und über die Rolle Deutschlands („Standortdebatte“ etc.). Die offizielle Politik diskutiert diese Themen jedoch mehr oder weniger nur im Hinblick auf vordergründige wahlstrategische Ziele.

Viele Bürger fühlen sich durch die Parteien nicht mehr vertreten und zweifeln an den Möglichkeiten so-

zialstaatlicher Gerechtigkeit. Der funktionale Einheitsstaat kann mit den traditionellen Instrumenten (Auflagen, Förderprogramme etc.) auf die Dynamik der technischen Entwicklung nicht angemessen reagieren. Der Parlamentarismus befindet sich in einer Krise, die mit der Verdrängung lebenswichtiger Themen zusammenhängt. Brennende Probleme werden von der Politik nur soweit thematisiert, als sie für die alten Interessen instrumentalisierbar sind. Für wichtige Sachthemen ist die Lobby zu schwach. Auf diese Weise findet eine Reduktion von Öffentlichkeit statt: Entscheidungen über wesentliche Fragen werden nichtöffentlich „aus-

gekungelt“.

#### Gegen einen reduzierten Freiheitsbegriff

Die gegenwärtige Lage gibt u.a. Anlaß, über das Freiheitsverständnis in unserer Gesellschaft zu reflektieren. In bezug auf diese Frage ist die europäische Entwicklung seit der Renaissance doppelgesichtig: Sie enthält die Elemente der Ausbeutung und kolonialen Unterdrückung ebenso wie solche des Humanismus, der Aufklärung, der Toleranz und der Menschenrechte.

Die Grundrechte unserer Verfassung ermöglichen individuelle Freiheit. Zugleich muß die Frage nach der realen Möglichkeit und der Rolle der Freiheit in einer immer komplexer werdenden und sich immer mehr ausdifferenzierenden Gesellschaft in neuer Weise thematisiert werden. Die Meinungsforscherin Nölle-Neumann hat ermittelt, daß das Thema Freiheit nur wenige Bürger existentiell interessiert. An diesem Zustand hat auch die kurze Freiheitseuphorie des Jahres 1989 nichts geändert. Das Freiheits- und Pluralismusverständnis in unserer Gesellschaft reduziert sich vielfach auf die freie Wahl zwischen 10 verschiedenen Varianten des Fernsehendes oder auf die „freie Fahrt für freie Bürger“. Auf diese Weise verhunzen wir unsere Freiheitsmöglichkeiten und finden nicht die Brücke von der Freiheit zu verantwortlicher sozialer Gestaltung.

In dem sogenannten Bergedorfer Gesprächskreis, einem Gremium, das den Ruf genießt, politische „Vordenker“ zu vereinen, wurde jüngst die Frage bewegt: „Wieviel Gemeinsinn braucht die freie Gesellschaft?“. Ein Ergebnis war die Auffassung, daß der für die heutige Zeit konstitutive Individualismus sich weitgehend nur als Anspruchsdenken auslebe, die Fähigkeit, Individualismus als individuell übernommene Sozialverantwortung zu leben, dagegen unterentwickelt sei.

Wir sind immer noch geneigt, Freiheitsverträglichkeit und Gemeinschaftsverträglichkeit als dualistischen Gegensatz zu betrachten. So tendiert die Diskussion um Arbeitszeiten, lean production, Vermögensbildung, Bildungsreform und andere Themen in demselben Maße, wie sie Individualisierung, Flexibilisierung und Differenzierung betont, dahin, Werte wie Solidarität und Gemeinnützigkeit abzuqualifizieren. Der Individualismus - nur einseitig egoistisch gelebt - führt mit dem Abbau alter Gemeinschaftswerte in die Zersplitterung, die Konsensunfähigkeit, während es doch darum ginge, Gemeinschaft auf neue Weise - durch Koexistenz und Kooperation pluraler Impulse zu ermöglichen. Solidarität läßt sich nicht abstrakt-bürokratisch verordnen.

Die Frage, ob wir zur freiheitlichen Weiterentwicklung fähig sind, hängt mit der anderen Frage zusammen, ob wir von einer Konkurrenzdemokratie zu einer Kooperationsdemokratie kommen können. Diese lebt aber von Fähigkeitspotentialen, die heute nur unzureichend zur Entwicklung kommen können. Das erforderliche freie Denken ist nicht nur von außen, sondern mehr noch von innen gefährdet: Durch die Reduktion von Denken schlechthin auf eine auf Rationalität und Effizienz ausgerichtete Denkökonomie, also auf dasjenige, was Max Horkheimer „instrumentelle Vernunft“ genannt hat. Ein neues politisches Denken braucht andere Wahrnehmungsmöglichkeiten der Zusammenhänge, es muß „ästhetische Qualitäten“ ausbilden. Nur die-

se führen zur Fähigkeit, einen neuen Stil der Lösung kontroverser Fragen zu finden, den Immobilismus der Standpunkte aufzuheben und heilsam wirkende Kommunikationsgemeinschaften an die Stelle der Foren des Schlagabtauschs zu setzen.

Dabei wird es sich vor allem darum handeln müssen, das gesellschaftliche Gefüge nicht mehr als übergreifende Totalität zu denken, sondern als die Gesamtheit der durch jeweils Betroffene ergriffenen Initiativen auf den verschiedenen gesellschaftlichen Lebensfeldern, sei es der Schule, der Landwirtschaft, des Gesundheitswesens etc.

In diesem Sinne müßte auch das Subsidiaritätsprinzip weitergedacht werden, das eine wesentliche Rolle in der heutigen politischen Debatte spielt.<sup>1</sup> Hierbei stehen sich zwei Verständnisansätze gegenüber: Der eine versteht Subsidiarität im wesentlichen nur als Mittel, die Effizienz der alten Strukturen zu erhöhen, indem die jeweils höhere Ebene sich nicht mit Problemen belastet, die auf unterer Ebene effizienter gelöst werden können. Der andere Verständnisansatz setzt auf Freiheit und Mündigkeit, auf die eigenverantwortliche Gestaltung von sozialen Aufgabenfeldern und dadurch mögliche Innovation. Aufgabe politischer Erneuerung wäre es, solche Selbstverwaltung in freier Trägerschaft zu fördern.

Wer mit Exponenten der Politik in Berührung kommt, stellt gelegentlich fest, daß diese selbst oft keine Ort finden, wo sie einen Kommunikationsstil jenseits der festgefahrenen Rituale des politischen Schlagabtauschs pflegen können. Manche sehen durchaus die Probleme, fallen aber nur zu oft in ein schizophrenes Verhalten, in faule Kompromisse zwischen privater Einsicht und politischer „Es-läuft-wie-es-läuft“-Mentalität zurück.

Es wäre die Frage, wieweit wir dazu beitragen können, solche Gelegenheiten freier Kommunikation herzustellen, und wieweit es möglich werden kann, auf diese Weise Dialoge zu entwickeln, aus denen wirkliche Impulse politischer Erneuerung sich ergeben können. Die Einführung der Betriebseurythmie in den Partezentralen wäre hierfür sicherlich nicht ausreichend.

## Formen des öffentlichen Wirkens für die Dreigliederung - Am Beispiel der Initiative "Schweiz im Gespräch"

Hierzu referierte Udo Herrmannstorfer. Er ging davon aus, daß die Möglichkeiten des Wirkens für soziale Erneuerung im Großen von bestimmten Konstellationen abhängig sind. Es müssen dann aber auch genügend Menschen da sein, die auf solche Konstellationen vorbereitet und für sie wach sind. 1989, in der Situation des europäischen Umbruchs gab es zu wenig solcher Menschen. Ende 1992 ergab sich in der Schweiz eine für die weitere Entwicklung entscheidende Konstellation: der Volksentscheid über den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR).

<sup>1</sup> Vgl. hierzu den Dreigliederungs-Rundbrief Nr. 4/1992.

## Die Geschichte der Schweiz und die Frage des EWR-Beitritts

Die EWR-Frage erregte die Schweizer zutiefst. Das hat nicht zuletzt historische Gründe. Wenige Jahre erst lag die 700-Jahr-Feier der Schweiz (Bund der Urkantone Uri, Schwyz und Unterwalden von 1291 als Keimzelle der „Eidgenossenschaft“) zurück, jenes Bundes, der in Schillers „Wilhelm Tell“ in der Rütli-Szene dargestellt wird. In der Auseinandersetzung mit Habsburg und Burgund mußte die kleine Schweiz ihre Unabhängigkeit errotzen, was mit der Schlacht von Dornach (auf dem Goetheanum-Hügel) von 1499 endgültig gelang („Schwabenkrieg“): Im Frieden von Basel (1499) schied die Schweiz faktisch aus dem Reich aus, was 1648 im Westfälischen Frieden auch staatsrechtlich besiegelt wurde. Die Schlacht bei Dornach jährt sich 1999 zum 500. Mal. Die alte Schweiz brach 1798 unter dem Einfluß der französischen Revolution zusammen. Es entstand die von Frankreich abhängige Helvetische Republik (1798-1803). Napoleon war es, der mit der „Mediationsakte“ von 1803 die Eidgenossenschaft wieder als Föderation souveräner Kantone herstellte (1803): eine Verfassung nach französischem Muster hatte sich als nicht tragfähig erwiesen. In all diesen historischen Auseinandersetzungen ging es um die eigenständige Rolle der Schweiz und ihr Verhältnis zum übrigen Europa. Um diese Frage geht es auch heute - in einem Jahrzehnt der Jubiläen. Im Hinblick auf die 700-Jahr-Feier gab es viele Bürger - vor allem Menschen aus dem Kreis der Intellektuellen und Künstler -, die zum Jubeln keinen Anlaß, vielmehr Ursache zur kritischen Hinterfragung der Rolle der Schweiz heute sahen. Man fragte sich: Hat die Schweiz überhaupt eine Zukunft? Schon diese Debatte hatte die Schweizer sehr bewegt, so daß für die EWR-Frage schon ein Boden bereitet war. Was man zunächst also lernen kann aus der Bewegung in der Schweiz, ist dieses, daß man Themen nicht „aufsetzen“ kann, sondern daß man nur aufgreifen kann, was in dieser oder jener Form schon in den Seelen der Menschen lebt.

Das Spezifikum der Schweiz besteht darin, daß sie eigentlich kein „Staat“ im üblichen Sinne des Wortes ist. Ihr Entstehungspunkt ist der Treue- und Beistandsschwur selbständiger Lebensgemeinschaften (Talschaften). Diese „Eidgenossenschaft“ ist langsam gewachsen, indem sich immer weitere Kantone diesem Bündnis anschlossen. Die Gesamtheit der Kantonsvertreter hatten kein Durchsetzungs- und Erzwingungsrecht gegenüber diesen Lebensgemeinschaften. Die Schweiz kennt kein Königtum (wenn auch einen „Bürgeradel“ tonangebender Familien). Die gemeinsame Umgrenzung erfolgt nur im Hinblick auf die äußere Sicherheit. Auch die immerwährende Neutralität (1815 vom Wiener Kongreß anerkannt) ist ein Element der Schweizer Sonderrolle.

Spirituell hängt dies alles mit der Frage der Leitung der Schweiz nicht durch einen Volksgeist, sondern durch den Zeitgeist Europas zusammen.

Bis heute ist der „Bund“ die schwächste Instanz in der Schweiz, auch wenn diese mit der Verfassung von 1848 ein „normales Staatskleid“ angenommen hatte, eine Entwicklung, die durch den Sieg der evangeli-

schen über die katholischen Kantone im „Sonderbundskrieg“ von 1847 möglich geworden war. 1874 entstand die revidierte Bundesverfassung, die bis heute fortgeschrieben wurde.

Da die Verfassung nur die realen Gemeinsamkeiten der autonomen Kantone fortschreiben soll, hat sie keinen gedanklichen, systematischen Charakter, sondern ist rein pragmatisch ausgerichtet: Regelungen in bezug auf die Eisenbahn und ähnliche Fragen stehen neben der Regelung allgemeiner Rechte.

Nach der Bundesverfassung stehen der Bundesverwaltung nur die ihr von den Kantonen ausdrücklich übertragenen Rechte zu. Das Staatsgebiet sind die Kantone, der Bund ist nur ein Überbau. Auch für den EWR-Beitritt hätte es nicht nur der Zustimmung der Volksmehrheit, sondern auch der Mehrheit der Kantone, unabhängig von deren Größe (Ständemehr) bedurft.

Im EWR-Beitritt sah man zu Recht den ersten Schritt in die Europäische Union. Es ist aber vollkommen klar, daß Brüssel niemals 20 Kantone und 6 Halbkantone als autonome Partner respektieren wird: nach einem Beitritt würde die Schweiz daher weniger als irgendein anderes Land noch das sein, was sie bis dahin war. Man kann deshalb verstehen, warum die Debatte so erregt geführt wurde, auch, warum bei der derzeitigen Diskussion über eine Totalrevision der Bundesverfassung so viel auf dem Spiel steht.

## Perspektiven über ein Ja oder Nein hinaus

Als unter Freunden der Dreigliederung die Frage entstand, was im Hinblick auf die EWR-Abstimmung zu tun sei, hatte sich die Front der EWR-Gegner bereits formiert. Sie umfaßte Gruppierungen aus verschiedensten Lagern, mit unterschiedlichsten Interessen, einig nur als „Ablehnungsfront“ ohne konstruktive Perspektiven. Demgegenüber mußte man zunächst herausarbeiten, daß ein Nein oder Ja zuwenig sei, daß es vielmehr um eine grundsätzliche Diskussion um die Rolle der Schweiz für Europa gehe. So entstand U. Herrmannstorfers Buch: „Die Zukunft wagen - Die Verantwortung der Schweiz für Europa“ (wir haben es im Dreigliederungsrundbrief Nr. 4/92 ausführlich besprochen). Darin wurde gesagt, daß das Kriterium für die Entscheidung nicht Vor- oder Nachteil, sondern nur die Frage nach dem Richtigen sein könne: Lebt in den europäischen Institutionen etwas vom wahren Wesen Europas, jenem Wesen, dem die Schweiz in ganz besonderer Weise verpflichtet ist? Die Antwort war, daß man in vielfacher Hinsicht im Hinblick auf Brüssel von „uneuropäischen Institutionen“ sprechen muß. Wenn in der Schweiz vor dem Referendum argumentiert wurde, der EWR-Beitritt gefährde die Schweizerische Neutralität, die direkte Demokratie und den Föderalismus, so versuchte man darüber hinaus zu zeigen, wie heute diese drei Motive umgeformt werden müssen, damit die Schweiz ihrer Verantwortung für Europa gerecht werden kann: Die äußere Neutralität des Staates muß durch die innere ergänzt werden, das Recht der Mitgestaltung (direkte Demokratie) muß ergänzt werden durch das Recht auf Initiative, d.h. auf verantwortliche Gestaltung aller Fragen, deren Regelung durch Mehrheiten und für Mehrheiten heute keinen Sinn mehr macht. Und der

Föderalismus ist weiterzuentwickeln zu einer regionalen wirtschaftlichen Selbstverwaltung durch Assoziationen.

### Arbeitsformen

Es wurde u.a. eine Vortragsreihe an der ETH (Eidgenössischen Technischen Hochschule) Zürich mit Udo Herrmannstorfer als Referenten begonnen, die sehr gut besucht war und bei der Fragen behandelt wurden wie: Was erwartet Europa von der Schweiz? - Wie reformwillig ist die Schweiz? - Generell schien es den Initiatoren (ein Kreis von etwa 20 Menschen) wichtiger zu sein, ein Problembewußtsein zu erzeugen und Fragen auszulösen, als fertige Antworten zu präsentieren. So entstand die überparteiliche „Initiative 'Schweiz im Gespräch'“ als der Versuch, einen möglichst breiten sozialen Dialog über die Zukunftsaufgaben der Schweiz anzuregen. Sie trat mit einem Katalog von Fragen hervor - zur Autonomie des einzelnen, zur staatlichen Struktur und zur Wirtschaft (wir haben diesen Fragenkatalog in der Nummer 1/93 des Rundbriefs dokumentiert). Es wurde ein Faltblatt mit dem Katalog in einer Auflage von 110.000 Exemplaren herausgebracht. Unterschriften wurden gesammelt, um Bundesrat, Nationalrat und Ständerat zu einer Grundsatzdiskussion über diese Fragen aufzufordern.

Bei vielen Bürgern stieß die Aktion auf Zustimmung. Allerdings gab es auch Reaktionen wie: „Die Fragen sind zu kompliziert, unkonkret usw.“ Auch innerhalb der Anthroposophenschaft, in der die meisten Initiatoren beheimatet sind, gab es sehr unterschiedliche Reaktionen, teilweise auch Unverständnis. Unterschrieben haben den Fragenkatalog letztlich 3000 Personen, ein Zeichen dafür, daß der Schritt zu eigenem Engagement - und sei es nur in der simplen Form der Unterschrift - von vielen Menschen, die an und für sich mit der Aktion sympathisierten, nicht gewagt wurde. Dabei spielt sicher auch eine gewisse Berührungsangst gegenüber der Politik eine Rolle. Man muß auch erwähnen, daß bewußt darauf verzichtet worden war, das Echo künstlich - durch die Gewinnung von sog. Prominenten als Unterzeichnern - zu verstärken. Hervorzuheben ist, daß es gelang, alle für die Aktion notwendigen Mittel durch Spenden aufzubringen.

Es entstand dann bald die Frage nach dem nächsten Schritt. „Wer vertritt denn nun diese Positionen in den verschiedenen Orten und Regionen der Schweiz?“ Diese Fragestellung führte zur Bildung von Regionalgruppen, von denen es inzwischen ein ganzes Netz gibt. Die Regionalgruppen treten mit Seminaren und Vorträgen an die Öffentlichkeit. Für Menschen, die sich aktiv auch nach außen für die Anliegen der Initiative einsetzen wollen, werden Intensivseminare mit Udo Herrmannstorfer organisiert, bei denen in 1-2 Tagen Grundfragen der Dreigliederung des sozialen Organismus erarbeitet werden.

Eine „zentrale Leitung“ strebte man bewußt nicht an, sondern begnügte sich mit einer Büroadresse, einem Bulletin (mit Veranstaltungskalender) und Treffen zum Zweck der Absprache und Abstimmung. Verstärkt sollen auch Themenhefte als Arbeitsmaterialien für die Gruppen erstellt werden.

Als wichtige Form der Arbeit erwiesen sich Podiumsdiskussionen, bei denen es darum geht, den Dialog mit Menschen zu führen, die im öffentlichen Leben in Verantwortung stehen. Es stellte sich dabei heraus, daß „große Podiumsrunden“ die Gesprächskultur weniger fördern und eher zu Abgabe bloßer Statements verführen. Daher ist man inzwischen dazu übergegangen, Dreier- oder - besser noch - Zweiergespräche „vor und mit dem Publikum“ zu führen, zu denen vielfach Fragen- und Thesenpapiere vorgelegt wurden, was sehr zur vertieften Behandlung der jeweiligen Thematik (freies Bildungswesen, Gesundheitswesen, Ausländerproblematik und vieles andere mehr) beitrug. In den letzten Monaten hat man auch begonnen, in der Debatte um die Verfassungsrevision eine eigene Position zu gewinnen.

Am Anfang war es nicht einfach, die Gesprächspartner zu gewinnen. Die Initiative hatte noch keinen Namen, erschien manchen als „obskur“. Inzwischen ist dieser Punkt kein Thema mehr: Unabhängig vom Standort empfindet man die Arbeit von „Schweiz im Gespräch“ als wichtig und konstruktiv. Viele Gesprächspartner zeigten sich beeindruckt von der im politischen Leben unüblichen Gesprächskultur - und auch vom Engagement des Publikums: Während man bei politischen Veranstaltungen üblichen Stils die Leute häufig selbst mit Freibier nur noch schwer anlocken kann, kommen hier Menschen zu Hunderten - und zahlen noch Eintritt!

Mit der zunehmenden Zahl der sich hier ergebenden Kontakte stellt sich natürlich auch die Frage der Nachbearbeitung und der Kontaktpflege, die jetzt verstärkt angegangen werden soll.

Die Berührung mit den politischen Parteien wurde nicht gemieden, aber auch nicht krampfhaft gesucht. Örtlich haben sich auf diese Weise auch manche fruchtbare Kontakte ergeben. Generell ist aber zu sagen, daß sich die Parteien mit dem Ansatz sozialer Erneuerung schwer tun. Das gilt für die Konservativen und Liberalen ebenso wie für Sozialisten und Grüne, bei denen vielfach „etatistische“ Illusionen grassieren. Es gibt auch erste Ansätze, die Kontakte mit den Medien zu entwickeln.

### Die Schweiz und die EU - zukünftige Entwicklungsperspektiven

Die Frage des Beitritts zum EWR wird durch den Beitritt weiterer Länder zur EU obsolet werden. Man wird nicht mehr davon ablenken können, daß es letztlich um Beitritt oder Nichtbeitritt zur Europäischen Union geht - was die Gegner des EWR-Beitritts immer schon gesagt haben. Es ist nicht zu erwarten, daß ein solcher EU-Beitritt in diesem Jahrzehnt mit den Kantonen zu machen sein wird - und das „Ständemehr“ ist nun einmal für den Beitritt erforderlich. Die EU-Befürworter machen denn auch verstärkt Stimmung gegen die bestehende Verfassung nach dem Motto: „Sollen wir uns weiter vom rückständigen Hinterland der Kleinkantone an der Beteiligung am europäischen Integrationsprozeß hindern lassen?“ Man versucht mit aller Gewalt, dem formalen Mehrheitsprinzip in der Verfassung Geltung zu verschaffen und damit den spezifischen födera-

len Charakter der Schweiz auszuhöhlen. In der Schweizer Verfassung als einer Eidgenossenschaft autonomer Lebensgemeinschaften lebt aber auf alte, noch nicht in die volle Bewußtseinsklarheit gehobene Weise ein Gedanke, der hochmodern ist, wenn man ihn nur neu und bewußt greift. Insofern entscheidet sich viel für Europa an der Frage, wohin sich die Schweiz in den nächsten Jahren orientiert.

### Wieweit sind die Schweizer Erfahrungen verallgemeinerbar?

Die Schweizer Erfahrungen sind sicher nicht formal auf andere Länder wie die Bundesrepublik zu übertragen. Ist doch gerade das Anknüpfen an einer konkreten historischen Konstellation und der konkreten Bewußtseinsverfassung der Bevölkerung eine entscheidende Stärke der Initiative. In der Bundesrepublik gibt es derzeit keine vergleichbare Konstellation und keine vergleichbare Wachheit der Menschen. Dennoch kann man vielleicht einiges lernen: Von der Art des dialogischen, frageorientierten Arbeitens, von den konkreten Arbeitsformen und -erfahrungen, von der Art, sowohl die Zielgruppe der nach Veränderung strebenden Menschen als auch die der Verantwortungsträger im öffentlichen Leben anzusprechen und beide miteinander ins Gespräch zu bringen.

## Die Dreigliederungsbewegung und das Superwahljahr 1994

Zu diesem Thema referierte Christoph Strawe. Er ging von dem widersprüchlichen Empfinden aus, das man gegenüber der Massierung von Wahlterminen entwickeln kann (Bundestags- und Europawahl, 10 Landtagswahlen, eine Vielzahl von Kommunalwahlen): Einerseits erlebt man eine gewisse Ohnmacht angesichts der Schwachheit der eigenen Kräfte (es ist ja erst der Ansatz einer „Bewegung“ für die soziale Dreigliederung erkennbar). Andererseits hat man das deutliche Gefühl, „doch etwas tun zu müssen“. Einige Freunde haben eine Zeitlang die Frage ventiliert, ob es nicht an der Zeit sei, eine Art Anti-Parteien-Partei zu gründen. Sie sind letztlich zu der Auffassung gelangt, daß eine solche Gründung nicht nur die Kräfte überfordern würden, sondern daß man sich mit Gruppierungen einlassen müßte, die ganz andere Intentionen verfolgen und deren man dann nur noch schwer Herr werden könnte. Wilfried Heidt hat eine neue Initiative zur Förderung des Gedankens der direkten Demokratie ergriffen (über die an anderer Stelle in diesem Rundbrief berichtet wird). Man mag zu solchen Initiativen stehen, wie man will: die Frage bleibt in jedem Fall die nach den Eingriffsmöglichkeiten der Dreigliederungsbewegung in diesem Superwahljahr, aber auch über dieses Superwahljahr hinaus.

### Allgemeine Trends im Superwahljahr

Betrachten wir zunächst einige allgemeine Trends in diesem Jahr: Da ist einmal die Massierung der Probleme der Staatsfinanzen, der deutschen Einheit, der Arbeitslosigkeit, des Gesundheitswesens usw. Zum ande-

ren ist da das Phänomen des kontinuierlich abnehmenden Gemeinsinns (das der „Spiegel“ kürzlich mit seinem Aufmacher „Die Ego-Gesellschaft“ aufs Korn nahm). Die Parteien und die Organisationen der „Sozialpartner“ haben auf diese Probleme keine wirkliche Antwort. So verlieren die „Volksparteien“ Stammwähler, die Massenorganisationen Mitglieder, allgemeiner Politikverdruß grassiert. Während früher die Nichtwähler sich mehr aus dem Kreis der Unpolitischen rekrutierten, haben wir es heute zunehmend mit dem Phänomen des politisch wohlinformierten, bewußten „Nichtwählers“ zu tun.

Die Parteien tun sich schwer: Die SPD versucht den Spagat zwischen Arbeiternehmerschaft und neuen Wählerschichten, und hat dabei die größte Mühe. Die CDU zeigt Abnutzungserscheinungen, die CSU ist von Skandalen gebeutelt, die FDP hat umso mehr Probleme mit ihrem Profil, als sie sich als sozial unsensible Partei der Besserverdienenden geriert. Die Grünen haben sich relativ stabilisiert, dafür ergibt sich aber das Problem, die Umwandlung in eine Partei konventionellen Typs zu vermeiden. Von der allgemeinen Unzufriedenheit profitiert die Rechte mehr als die PDS. Die „Anti-Parteien-Parteien“ sind bereits munter dabei, ihren Kredit zu verspielen: In der Statt-Partei kabbeln sich Karrieristen und Machtpolitiker in durchaus wenig „alternativer“ Weise, und Brunners „Bund Freier Bürger“ setzt nicht auf Visionen, sondern auf die Angst des Bürgers um sein Portemonnaie (Slogan: „Die D-Mark-Partei“).

Mehr untergründig haben wir es in den 90er Jahren mit Veränderungen im gesellschaftlichen Bewußtsein zu tun, die sozialer Erneuerung wenig förderlich sind und die sich vielleicht am deutlichsten in veränderten Einstellungen innerhalb der „Intelligenz-schicht“ darstellen. Die Veränderungsimpulse der APO und die Reformhoffnungen der 70er Jahre scheinen endgültig verklungen. Die Intelligenz steht nicht mehr links, sondern europaweit formieren sich rechte bis rechtsradikale Intellektuellenzirkel und Intelligenzblätter. Selbst ein Mann wie Martin Walser - rechtsradikaler Neigungen unverdächtig - entdeckt den Wert der „Nation“. Vielfach handelt es sich nur um den Austausch linker durch rechte Schablonen. Ein Unbehagen an den „öffentlichen Dingen“ hat weite Kreise erfaßt, das durch den Rückzug in die private Nische und die Pflege der eigenen Karriere verarbeitet wird, oder eben durch das Zurückstreben in die Stallwärme der geschlossenen Gesellschaft. Es wird vieler Anstrengungen bedürfen, um den Veränderungswillen zu aktivieren. Andererseits bietet diese Situation aber auch die Chance, von Beginn an die Frage nach der sozialen Erneuerung so zu stellen, daß nicht die Art der Fragestellung schon belastet ist mit Illusionen, wie sie für die außerparlamentarische Bewegung der 68er charakteristisch waren.

### Das Unbehagen an der Politik

Das generelle Unbehagen an der Politik hat tiefere Ursachen (Udo Herrmannstorfer hat sie in der Juni-Nummer der Zeitschrift „die Drei“ unter dem Titel „Politik und soziale Erneuerung“ in umfassenderer Weise dargestellt, als das hier geschehen kann). Auf diese Ur-

sachen muß man reflektieren, wenn man zu wirklich neuen Gestaltungen kommen will. Die traditionelle Politik war immer noch darauf ausgerichtet, für alle Menschen verbindliche soziale Lösungen durchzusetzen, auch wenn der Konsens hierüber nicht einfach von oben verordnet, sondern über demokratische Mehrheiten hergestellt werden sollte. Dieses Prinzip der allgemeinverbindlichen Regelung ist aber generell ungeeignet, eine Ordnung des sozialen Zusammenlebens zu ermöglichen, die der in den allgemeinen Menschenrechten zum Ausdruck kommenden modernen Mündigkeit des einzelnen wirklich gerecht wird. Wir müssen radikaler brechen mit den Prinzipien der alten Gemeinschaft, die den einzelnen auf verbindliche Werte und Normen verpflichtete. Wir können und müssen einen immer größeren Kreis von Fragen des gesellschaftlichen Lebens der Initiative der einzelnen Menschen anheimstellen, die sich in Verantwortungsgemeinschaften zusammenfinden. Die Diskreditierung der „öffentlichen Angelegenheiten“ wird erst dann überwunden werden können, wenn wir in selbstverwalteten Schulen, Krankenhäusern, Unternehmenszusammenschlüssen usw. nicht private, sondern öffentliche Veranstaltungen sehen. Die moderne „Öffentlichkeit“ bildet einen Rahmen für die Koexistenz von Initiativen. Die Gestaltbarkeit des sozialen Ganzen durch den einzelnen wird dadurch möglich, daß der Raum für solche Initiativen entscheidend erweitert wird. Der einzelne wird dann endgültig nicht mehr darauf angewiesen sein, erst eine Mehrheit zu finden, um überhaupt handlungsfähig zu werden, ein Verfahren, das Initiative abtötet, statt sie zu fördern. Die Ermüdung und Frustration gegenüber dem Politischen hat mit dem zumindest unterschwellig vorhandenen Eindruck zu tun, daß mit Hilfe des traditionellen politischen Konsensprinzips - das nur in Fragen tatsächlichen und unabweisbaren allgemeinen Regelungsbedarfs weiterhin eine Rolle spielen darf - keine wirkliche Gestaltung des sozialen Lebens durch mündige Menschen möglich ist.

Diesem Problem wird man sich notwendigerweise stellen müssen, wenn man in konstruktiver Weise in die öffentliche Debatte über Veränderungsbedarf in dieser oder jener Einzelfrage eingreifen will. Denn der Neugestaltungsbedarf liegt nicht darin, daß an die Stelle der jetzt bestimmenden politischen Inhalte bessere gesetzt werden müßten: er liegt vielmehr in der „Entinhaltlichung“ (Herrmannstorfer) von Staat und Politik.

Die Politik muß - so ein Steiner-Wort - in allem überwunden werden, auch in der Politik. Diese Formulierung ist nur scheinbar paradox, enthält in Wahrheit einen neuen, den modernen, Politikbegriff: Eine moderne Politik wird nicht wie die traditionelle nur zu fragen haben: Was muß der Staat machen? - Sie muß ebenso fragen: Was muß der Staat unterlassen? Wo muß er sich darauf konzentrieren, Initiative zu ermöglichen, zu schützen, zu fördern? Wenn man die heutigen Politikfelder betrachtete, dann sind sie eben ein Ausdruck für die Hypertrophie des Staates: Außenpolitik, Innenpolitik, Justiz, Finanzen, Wirtschaft, Ernährung/Landwirtschaft und Forsten, Arbeit und Sozialordnung, Verteidigung, Jugend/Familie/Frauen, Gesundheit, Verkehr, Umwelt/Naturschutz/Reaktor-

sicherheit, Post- und Fernmeldewesen, Raumordnung/Bauwesen/Städtebau, Kultur, Forschung und Technologie, wirtschaftliche Zusammenarbeit: Nur ein Teil dieser Felder ist von der Sache her vom Staat zu regeln, bei einigen sollte der Staat nur einen rechtlichen Rahmen setzen, bei vielen würde er sich besser ganz heraushalten!

### 1989 - 1994

In der offenen Situation des Jahres 1989 wurde - von bescheidenen Ansätzen (europäischer Aufruf, Ost-West-Forum Wien u.a.) abgesehen - die Chance für einen öffentlichen Diskurs über den Bedarf an Perestrojka im Westen (bzw. in den alten Bundesländern) verpaßt. Eine Konstellation wie 1989 wird sich auch so bald nicht wieder einstellen. Doch auch, wenn nicht einfach nachholbar ist, was damals aufgrund der Schwäche der Kräfte nicht geleistet werden konnte, wird man sagen müssen: Ohne energische Anstrengungen, einen solchen Diskurs - zunächst in kleinen und bescheidenen Anfängen - zu beginnen, wird jede mögliche Konstellation für Veränderungen auch in der Zukunft nicht genutzt werden können. Insofern bleibt es richtig, daß wir damals - 1989 - zumindest begonnen haben, Schritte in die Richtung einer neuen Dreigliederungsbewegung zu gehen. Auch die „Initiative Netzwerk“ war ja ein solcher Schritt.

Falsch wäre es, in blinden Aktionismus zu verfallen und nicht zu Ende gedachte Projekte zu verfolgen, um nur überhaupt etwas zu tun. Wenn etwas zu lernen ist aus 1989, dann dieses, daß es notwendig ist, vertieft an den Fragen der sozialen Neugestaltung im Hinblick auf konkrete Problemfelder zu arbeiten. In dieser Richtung haben ja auch die Treffen der Netzwerk-Initiative einen wertvollen Beitrag geleistet. So wird es sich in diesem Superwahljahr weniger um spektakuläre neue Projekte handeln, mehr darum, das Begonnene zu vertiefen und zugleich mehr als bisher auch nach außen zu blicken und in anfänglicher Weise Formen des öffentlichen Wirkens zu entwickeln. Die Erfahrungen der Initiative „Schweiz im Gespräch“ können hierbei, ohne daß eine mechanische Kopie möglich wäre, sehr anregend sein.

### Fragen, Perspektiven und Alternativen

Es wird sich zunächst darum handeln müssen, die richtigen Fragen zu stellen bzw. aufzugreifen. Auf diese Weise kann am ehesten ein Bewußtsein für die Probleme, ein Empfinden für Handlungsbedarf geschaffen und die eigene Aktivität und Problemlösungskapazität der Menschen angesprochen werden. So wird man Perspektiven in den Blick bekommen, Bilder gestalten können, aus denen der Einzelne Richtkraft für sein Handeln schöpfen kann. Bei unseren „Alternativen“ wird es sich nicht einfach darum handeln können, daß man es „anders“, eben „alternativ“ macht, sondern um die Ziele und die Wege, das Was und das Wie. Wobei Lösungen im Detail, wo man solche ins Gespräch einbringt, immer den Charakter exakt durchdachter „illustrierender Beispiele“ haben sollten: Zeigen, daß es funktionieren kann und wie, - und gleichzeitig zeigen, daß es im Detail immer mehrere „beste“ Lösungen geben kann, also kein dogmatischer Verbindlichkeitsanspruch



vorliegt. Frageorientierung, Problemorientierung heißt also nicht Schwammigkeit! Sie heißt im Grunde, einen Mittelweg zu beschreiten zwischen bloßer Kritik (die Fähigkeit hierzu ist im Zeitalter der Bewußtseinsseele ja besonders entwickelt) und fertigem Rezept, konstruktiv und dialogorientiert zu arbeiten.

cher Regelungen und der Konsens erzwingung auf das notwendige Minimum?

## Offener Problemkatalog

1989, kurz vor der „Wende“, veröffentlichte das „Neue Forum“ in der damals noch existierenden DDR einen offenen Problemkatalog. Ein ungewöhnlicher Schritt für eine Bewegung, die ja ausdrücklich politisch eingreifen wollte! Politische Parteien veröffentlichten in der Regel Programme mit Antworten (den jeweils „allein richtigen“), nicht Fragenkataloge. Das Neue Forum verstand sich damals bewußt nicht als Partei, sondern als offene Bürgerbewegung, und auch eine Einrichtung, wie der Runde Tisch, die damals entstand, war gegenüber der Standpunktlogik des Parteipolitischen eine völlig neue Form.

Der offene Problemkatalog war damals ein Versuch, über das Nein zum vormundschaftlichen Staat hinaus, Richtungen einer Neugestaltung zu diskutieren. Dieser Versuch ist, wie wir wissen, weitgehend gescheitert. Trotzdem ist das damalige Dokument ein wichtiges Stück „ungewordener Geschichte“ (R. Steiner). Die Arbeitsweise von „Schweiz im Gespräch“ hat also hier einen gewissen Vorläufer, und auch wir können durchaus hier anknüpfen.

Im folgenden sei der Versuch gemacht, einen offenen Problemkatalog im Hinblick auf verschiedene Problemfelder zu formulieren, die im Superwahljahr Themen der politischen Debatte sind - oder zu solchen gemacht werden sollten, wo immer es möglich ist. Es geht hierbei nicht um ein „offizielles“ Dokument im Sinne einer „Plattform“, die in Großauflage verbreitet werden sollte. Dafür ist die Situation in der BRD im Augenblick kaum reif. Es handelt sich vielmehr um Anregungen für Fragestellungen, deren sich der Leser in freier Art bedienen mag, wo er selber in die Lage kommt, sich am öffentlichen Gespräch im Superwahljahr zu beteiligen.

Bei den kursiv gesetzten Passagen handelt es sich um Fragen des Katalogs von „Schweiz im Gespräch“, die so weit gefaßt sind, daß Sie auch in Deutschland so gestellt werden können.

### *Grundfragen in bezug auf das Verhältnis von Einzelem und Staat*

Wie bringen wir die **Verfassungswirklichkeit** in Übereinstimmung mit dem **Verfassungsinhalt**? (Der Staat des Grundgesetzes anerkennt die Mündigkeit der Bürgerinnen und Bürger. Er enthält grundlegende Freiheitsrechte, die konsequent als Initiativrechte verstanden werden müßten!)

Wie kehren wir den Trend um, immer mehr Lebensbereiche durch Gesetze und Vorschriften zu **reglementieren**?

Wie begrenzen wir den Bereich allgemeinverbindli-

*Wie schaffen wir mehr **Entfaltungsraum für die Initiativkraft einzelner oder Gruppen**, ohne daß Sie erst die politische Mehrheit für sich gewinnen müssen? Wie verhindern wir die Resignation der Jugend vor den 'bewährten' gesellschaftlichen Regelungen, die nur Anpassung erlauben?*

*Wie können **Gesetze** so gestaltet werden, daß sie nicht unser Verhalten normierend bestimmen, sondern wie **Mindestanforderungen** wirken, die jederzeit durch bessere Regelungen kraft eigener Initiative überboten werden können? An welchen Stellen sollten bestehende Gesetze im Sinne einer solchen Öffnung der Tore für individuelle Sozialverantwortung **novelliert** werden?*

*Wie ermöglichen wir mehr **Selbstverantwortung** durch **mehr Selbstverwaltung**, auch in öffentlich geregelten Bereichen?*

*Welche **Finanzierungsformen** können wir wählen, daß nicht dadurch die geistigen Freiräume für Initiativen wieder vermauert werden? Und wie kann die Finanzierungsbereitschaft des einzelnen wieder aktiviert werden?*

### *Spezielle Fragen zum Kulturleben und zur Bildung*

Wie kommen wir zu einer Lösung der Finanzkrise im Bereich der **Kunstförderung** - ohne vormundschaftliche und willkürliche Eingriffe von Staat und Kommunen? - Wie kann der Wille des einzelnen konsequent zum Lenkungsinstrument der Kulturfinanzierung gemacht werden, auch da - wo die Allgemeinheit bestimmte Kosten trägt (Schulen, „Infrastruktur“ der Kultur“)?

Das Wort vom „Horrorjob Lehrer“ macht die Runde, man beklagt fehlende Lernmotivation und zunehmende Gewaltbereitschaft an den Schulen. Wie überwinden wir die **Krise des Schulwesens**?

Wie können wir es erreichen, daß in der Schulverwaltung keine sachfremden, unpädagogischen Gesichtspunkte mitsprechen? Müssen „Mut zur Erziehung“ und „Erziehung zur Freiheit“ wirklich Gegensätze sein? Wie stärken wir das „Prinzip Verantwortung“ in der Schulverwaltung und begrenzen die Schulaufsicht auf eine bloße Rechtsaufsicht, anstelle der heute üblichen inhaltlichen Kontrolle?

Wie fördern wir Vielfalt im Schulwesen und wie stellen wir die Chancengleichheit für Schulen in freier Trägerschaft umfassend sicher? - Wie kann die Autonomie von Lehrer- und Elternschaft auch an staatlichen Schulen gestärkt werden? Wie kann über die Einzelschule hinaus die Selbstverwaltung in bezug auf übergreifende Belange des Schulwesens gefördert werden?

Wie kommen wir zu einem freiheitlicheren und effizienteren System der Schulfinanzierung (Erziehungseinkommen, Bildungsgutschein)?

Wie kommen wir, angesichts der - nicht auf die Finanzen beschränkten - Krise des Hochschulwesens zu einer sinnvollen **Hochschulreform**, die die Autonomie und Verantwortung der Hochschulen stärkt? - Wie finden wir sinnvolle Formen der Studienfinanzierung? Ist die Reglementierung der Studienzeiten wirklich der richtige Weg in der Studienreform?

### *Fragen zur staatlichen Struktur: Wie entwickeln wir die Demokratie weiter und wie sollte sich die Politik ändern?*

Fragen zu einem modernen Staatsverständnis

„Der heutige Staat macht zuviel“, so formulierte es vor einiger Zeit der heutige Bundespräsident Roman Herzog. Die Allzuständigkeit des Staates ist heute vollends zum Anachronismus geworden; eine Staatsquote von ca. 50% ist ein Unding. Parteienmacht, Bürokratie und Lobbyismus haben zu einer weitgehenden Staatsverdrossenheit beigetragen.

Wie können wir den **Staat verschlanken**? Wie kann der Trend zur ständigen Vermehrung der politischen Aufgaben und damit zur Überforderung von Wählern und Gewählten umgekehrt werden?

Wie kann die mit dieser Überforderung verbundene Staatsverschuldung abgebaut werden, ohne daß das „soziale Netz“ reißt?

Welche Aufgaben sind wirklich unabdingbar durch Bund, Länder und Gemeinden hoheitlich zu regeln? Wo wären Selbstverwaltungseinrichtungen der jeweils Betroffenen sachgemäßer?

Wie stärken wir den Staat, was seine Rolle als Wächter der Freiheit und Wahrer der inneren und äußeren Sicherheit angeht?

Wie kommen wir von einer Zuschauerdemokratie zu einer Teilnehmerdemokratie?

Welche **neuen Formen der Bürgerbeteiligung** können entwickelt werden, die dazu führen, daß über anstehende politische Entscheidungen wirkliche Urteilsbildung möglich ist? (Bürgerforen im Wahlkreis, runde Tische usw.)

Wie kann das **Wahlrecht** so weiterentwickelt werden, daß der Wähler einen direkteren Einfluß auf die Zusammensetzung der Parlamente erhält und das persönliche Profil der Kandidaten den Vorrang vor parteipolitischen Bindungen erhält? - Wie können wir erreichen, daß nicht nur Parteien, sondern auch unabhängige Bürgerforen Zugang zu den Parlamenten erhalten?

**Direkte Demokratie:** Wie können wir erreichen, daß auf allen Ebenen der Souverän nicht nur seine Vertreter wählen, sondern gegebenenfalls auch direkt sein Wort durch **Volksentscheide** sprechen kann? - Wie können wir gleichzeitig verhindern, daß das Instrument des Volksentscheids im Sinne der Bevormundung von Minderheiten durch Mehrheiten mißbraucht wird?

### *Grundfragen der wirtschaftlichen Entwicklung*

Die Wirtschaft bestimmt in immer noch wachsendem Maß unser Schicksal. Dabei zeigt sich immer deutlicher, daß es ökologische und soziale Aufgaben gibt, die von der bestehenden Wirtschaftsweise nicht oder nur unzureichend berücksichtigt werden. Wir sprechen dann vom „Marktversagen“, wobei sich inzwischen zeigt, daß der Appell an den Staat, dieses Versagen zu korrigieren, nur „Staatsversagen“ hervorruft. Ganz offensichtlich müssen die anstehenden Fragen innerhalb der Wirtschaft selbst mit angepackt werden.

*Zeigt sich nicht auch überdeutlich, daß alle zukunftssträchtigen Antwortversuche die verbindliche Zusammenarbeit aller Beteiligten erforderlich machen und nicht deren gegenseitige Konkurrenzierung, wie sie unser Marktwirtschaftskonzept immer noch verlangt?*

*Wie können wir Formen der Zusammenarbeit finden, bei denen nicht die Macht erstrebende Interessensbündelung, sondern vermehrt der Interessenausgleich im Vordergrund steht? Welche aktive Partner-Rolle müssen dabei auch Arbeitnehmer und vor allem Konsumenten in Zukunft spielen? - Wie schaffen wir Hindernisse einer solchen Entwicklung weg? (Modifikation des Kartellrechts?)*

*Wäre es nicht sinnvoll und notwendig, daß große Teile der Wirtschaftspolitik von der Wirtschaft selbstverwaltend und selbstverantwortlich gestaltet werden? Wer müßte in solchen Selbstverwaltungs-Gremien vertreten sein? Kann man dabei frühere Erfahrungen und Konzepte (z.B. der "konzertierten Aktion") nutzbar machen?*

*Wie können die wirtschaftlichen Regionen als Lebensräume geschützt und weiterentwickelt werden?*

*Wie gehen wir mit dem Problem der Arbeitslosigkeit um?*

Die Arbeitslosigkeit ist zunächst Ausdruck der wachsenden Produktivität, die dazu führt, daß ein gegebenes Volumen von Gütern und Leistungen von immer weniger Menschen in immer kürzerer Zeit produziert werden kann. Wie können wir diesen Produktivitätsfortschritt als Freiraum für das Ergreifen neuer sozialer, ökologischer und kultureller Aufgaben nutzen, statt Arbeitslosigkeit bloß mit lähmender bürokratischer Routine zu "verwalten"?

Wie können wir mit dem Problem der Kosten der Arbeitslosigkeit und der Einkommenssicherung der Arbeitslosen in der richtigen Weise umgehen? Wo liegen die Ansatzpunkte der Finanzierung? Wie kann das System der Arbeitslosenunterstützung so umgestaltet werden, daß der soziale Schutz gewährleistet ist und zugleich Eigenverantwortung und Initiative des einzelnen ermöglicht und gefördert werden?

**Eigentum, Unternehmensverfassung, Geld und Banken**

Wie kann die vom Grundgesetz geforderte Sozialbindung des **Eigentums** besser verwirklicht werden? Ist die Tatsache, daß Unternehmen heute als verkäuflicher Vermögenswert behandelt werden, überhaupt mit dem Sozialbindungsgedanken in Übereinstimmung zu bringen? - Was muß sich im Verhältnis von Unternehmensleitungen und Mitarbeitern ändern, damit wirkliche **Partnerschaft** an die Stelle des Gegeneinander treten kann? - Welche Korrekturen im **Banken- und Geldwesen** sind zur Zukunftssicherung erforderlich?

### *Fragen zu einzelnen Problemfeldern*

*Wie stellen wir - im notwendigen gegenseitigen Interesse - das Verhältnis der **Landwirtschaft** zur Industrie und zum Dienstleistungsbereich auf eine gesunde Basis? (Einzelfragen in diesem Zusammenhang sind z.B.*

die Förderung neuer Formen der Bewirtschaftung, das Verhältnis von Sicherungsmaßnahmen für faire Preise und direkten Einkommenshilfen für Landwirte, außerdem Fragen, die mit der EG-Bioverordnung und der Forderung nach einer Deklarationspflicht für gentechnisch manipulierte Nahrungsmittel zusammenhängen.)

Wie entschärfen wir das **Wohnungsproblem**? - Wie können wir neue Formen der **Wohnungsbauförderung** entwickeln? Zeigt sich nicht deutlich, daß die Wohnungsfrage ohne eine Änderung des Bodenrechts nicht lösbar ist? In welche Richtung müßte unser **Bodenrecht** sich verändern? (Bodennutzungsausgleich!)

Wie läßt sich die **Alterssicherung** auch langfristig finanzieren, wo muß sich das Finanzierungs-System ändern?

Wie gewährleisten wir die Gesundheit des **Gesundheitswesens**? - Wie schaffen wir in der Krankenversicherung mehr Raum für Eigeninitiative, ohne die Solidarität zu untergraben? - Wie sichern wir die Therapiefreiheit?

**Forschung und Technologie:** Wie kommen wir zur Förderung wirklich innovativer Entwicklungen - etwa im Bereich der Solarenergie? Und wie verhindern wir, daß die Hochtechnologieförderung erneut in Sackgassen und menscheitsbedrohende Risiken führt (wie bei der Atomtechnik bereits geschehen und bei der Gentechnik zu befürchten)?

**Umwelt:** Wie können wir dazu beitragen, von vornherein ökologischer zu wirtschaften und nicht bloß nachträglich Schäden zu verringern? Wie können wir beispielsweise durch Förderung von Absprachen zwischen Herstellung, Handel, Verbraucherverbänden usw. zu einer Strategie der Müllvermeidung kommen? Welche sinnvollen Möglichkeiten gibt es, den **Verkehr** im Interesse der Umwelt stärker auf die Schiene zu orientieren?

**Fragen zur Innenpolitik:** Wie gehen wir mit den Fragen der inneren Sicherheit, der Bekämpfung wachsender Kriminalität und Gewaltbereitschaft um? - Was muß geschehen, um den wachsenden Rechtsradikalismus und Haß auf Ausländer einzudämmen? - Wie kann die Kriminalität effizienter mit den Mitteln des staatlichen Gewaltmonopols bekämpft werden, ohne daß dadurch ein „Law-and-Order“-Denken neue Ansätze im Jugendstrafrecht, im Strafvollzug, der Drogenhilfe usw. zunichte macht? - Wie können im Gegenteil diese „kriminaltherapeutischen“ Ansätze gestärkt werden?

Wie sichern wir das **Asylrecht** und schaffen zugleich durch ein **Einwanderungsgesetz** klare Voraussetzungen für die Einwanderung von Menschen, die aus anderen Gründen als denen politischer Verfolgung in der Bundesrepublik leben wollen?

### *Fragen zur Rolle Deutschlands in Europa und in der Welt*

**Deutsche Einheit:** In der deutschen Teilung war letztlich die Frage impliziert, wie über die Einseitigkeiten westlicher und östlicher Sozialstrukturen hinaus eine gesellschaftliche Gestaltung möglich sei, die Freiheit und Brüderlichkeit auf der Basis der Rechtsgleichheit versöhnt. Auch wenn der Weg der Überwindung der

Teilung ein einseitiger war - Beitritt zur BRD -, bleibt diese Aufgabe als eine deutsch-mitteuropäische Aufgabe bestehen.

Kann nicht aus den Erfahrungen von 40 Jahren DDR vieles im Hinblick auf soziale Erneuerung gelernt werden? Müssen wir nicht ein Verhältnis zu dieser Geschichte jenseits von falscher DDR-Nostalgie, aber auch jenseits heuchlerischer Kollektivschuld-Zuweisungen finden? Was können die Westdeutschen von den Bürgern in den neuen Ländern lernen?

**Europäische Integration:** Wie kommen wir weg von der irreführenden Gleichsetzung „Europa = EU“? Wo stehen die Institutionen der EU in ihrer Struktur und Praxis geradezu im Widerspruch zu einer wahrhaft europäischen Sozialordnung? - Wie kann das im Vertrag von Maastricht festgeschriebene Subsidiaritätsprinzip mit Leben erfüllt werden, so daß es tatsächlich im Sinne der Autonomie von Regionen und Lebenssphären (Kultur, Wirtschaft) und zur Förderung von Selbstverwaltung in Europa führt? - Wie kann z.B. die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14.3.1984 zur „Freiheit im Bildungswesen“ endlich in allen europäischen Ländern konsequent umgesetzt werden?

Wie kann verhindert werden, daß Brüsseler Bürokraten immer mehr Lebensbereiche zentralistisch durchreglementieren? - Wie kann verhindert werden, daß sich die Struktur des überholten nationalen Einheits- und Obrigkeitsstaates in Europa auf supranationalem Niveau reproduziert?

**Deutschland in der Welt:** Die Basis des weltweiten friedlichen Zusammenlebens können unter heutigen Bedingungen nur die allgemeinen Menschenrechte sein.

In welcher Weise kann deutsche Außenpolitik sich als aktive Menschenrechts- und Friedenspolitik betätigen, auch in den internationalen Gremien, etwa der UNO? Wie kann Deutschland eine Brücke zu den östlichen Ländern Europas bilden?

Wie können wir unserer Verantwortung gegenüber der sozialen Entwicklung in anderen Teilen der Welt besser gerecht werden und „**Entwicklungshilfe**“ als Hilfe zur Selbsthilfe gestalten? - Wie helfen wir Schutzzräume für die Entwicklung bisher schwacher Weltregionen zu schaffen? - Wie lösen wir das Problem der Schuldenkrise der Entwicklungsländer?

### *Arbeitsformen und Aufgaben*

Der Leser des Rundbrief wird unschwer erkennen, daß zu vielen Fragen des Problemkatalogs in den letzten Jahren mehr oder weniger ausführliche Analysen und

konkrete Vorschläge publiziert wurden. Man fängt also durchaus mit einer Arbeit in Richtung Öffentlichkeit nicht bei Null an! - Man wird eben diejenigen Fragen herausgreifen müssen, die in einer bestimmten konkreten Situation weiterführen.

Es gibt wohl keinen Grund, die Entscheidung des Jahres 1989 in Frage zu stellen, ein Netzwerk der Dreigliederungsarbeit zu knüpfen, statt eine vereinheitlichende zentralisierende Organisationsstruktur zu schaffen. Was verstärkt werden sollte, ist die faktische Zusammenarbeit innerhalb dieses Netzwerks.

Und was man nur wünschen kann, ist, daß sich an vielen Orten aktive Gruppen bilden, die an den Fragen der Dreigliederung arbeiten - und dabei auch nach außen blicken und nach außen wirken. Der „Arbeitskreis soziale Dreigliederung im Ruhrgebiet“ ist ja ein erstes erfreuliches Beispiel für eine solche Entwicklung. Auch die Tatsache, daß im Rahmen der Fortbildungsreihe „Individualität und soziale Verantwortung“ ab Herbst dieses Jahres regionale Einführungsseminare angeboten werden, kann vielleicht zur Bildung von konkreten Zusammenarbeitsformen „vor Ort“ beitragen.

Wer auf dem Dreigliederungsfeld etwas ausrichten will, muß einen langen Atem entwickeln. Aber auch aus kleinen Kristallisationspunkten können letztlich große Wirkungen erwachsen.

Die Dreigliederungsarbeit - das war schon bei dem alten „Bund für Dreigliederung“ die Geschäftsgrundlage - ist nur auf einem überparteilichen Boden möglich. Es kann sich deshalb im Superwahljahr natürlich nicht darum handeln, eine bestimmte Wahlempfehlung zu geben oder zum Wahlboykott aufzurufen. Worum es sich allein handeln kann, ist die Themen der Dreigliederung ins Gespräch zu bringen. Wo es möglich ist, die Kandidaten „vor dem Publikum“ mit Fragen wie den hier gestellten zu konfrontieren, sollte man das sicher versuchen. Auch in bezug auf die eigene Wahlentscheidung werden solche und ähnliche Fragen sicherlich für viele der Prüfstein sein.

Ansprechen der Menschen, die nach Veränderung streben, Ansprechen der Verantwortungsträger: Diese Doppelorientierung von „Schweiz im Gespräch“ ist sicher ganz allgemein richtig. Letztlich gibt es keine Alternative zu dem, was Rudolf Steiner in den Aufsätzen „Geisteswissenschaft und soziale Frage“ von 1905/06 mit den Worten umschrieb: Die wirklichen Bedingungen des Menschheitsfortschritts „können nicht anders herbeigeführt werden, als wenn Mensch nach Mensch erobert wird. Nur wenn die Menschen *wollen*, schreitet die Welt voran.“ (GA34/1960/S.221).

# Die europäische Integrationsbewegung (Europarat, EG, Europäische Union)

*Im Superwahljahr 1994 finden auch - am 12. Juni - Wahlen für das Europaparlament statt. Für den gleichen Tag ist in Österreich die Volksabstimmung über den Beitritt zur Europäischen Union angesetzt. Der Beitritt Finnlands, Schwedens und Norwegens steht ebenfalls zur Entscheidung an. In Ostmitteleuropa hat sich eine Art Warteschlange der Länder gebildet, die in das gemeinsame Europa hineinstreben. Grund genug, sich mit Zielsetzungen und Geschichte der europäischen Integrationsbewegung vertieft zu beschäftigen. (Es handelt sich bei den folgenden Ausführungen um ein Referat, das der Verfasser bei einem Seminar im Juni 1993 in Hamburg gehalten hat.)*

Seit dem 1. Januar 1993 haben wir - wenigstens formell - in Westeuropa den Binnenmarkt. Die im Vertrag von Maastricht vorgesehene politische Union wird Wirklichkeit, nachdem die letzten Hindernisse beseitigt worden sind. (Bekanntlich hatten die Franzosen nur knapp zugestimmt, die Iren mit 70%. In Dänemark hatte im Mai 1993 ein erneutes Referendum das Ja gebracht, in den übrigen Ländern haben die Parlamente das Vertragswerk ratifiziert. In Deutschland wies das Bundesverfassungsgericht eine Klage gegen Maastricht ab. Kläger war Manfred Brunner (damals noch FDP, zeitweilig Chef des Stabes für den Binnenmarkt und rechte Hand von Binnenmarktkommissar Bangemann, der ihn wegen seiner Kritik an Maastricht entließ). Allerdings lieferte das BVerfG zugleich eine Interpretation des Maastricht-Vertrages, die einen vollständigen Souveränitätsverzicht der Bundesrepublik ausschließt.

Im Kontrast zu den äußeren Erfolgen der Integration steht das Versagen der Europäischen Gemeinschaft bei der Herbeiführung einer friedlichen Lösung des Bosnien-Konflikts.

Bei der Debatte über den Beitritt zur EU spielte in der Regel ausschließlich der Gesichtspunkt des Vor- oder Nachteils eine Rolle. In der Bundesrepublik sahen nach einer Untersuchung der Forschungsgruppe Wahlen vom Mai 1993 (nach „Focus“, Nr. 21/93) 17,7% der befragten Bürger in der europäischen Integration eher Vorteile. Eher Nachteile sahen 33,9%, Vor- und Nachteile 44,8%, „weiß nicht“ antworteten 3,6%. Die eigentlich wesentliche Frage, nach der Richtigkeit oder Unrichtigkeit dieses Weges wurde demgegenüber verdrängt, die Frage nach dem genuin europäischen Sozialimpuls nicht gestellt.

Betrachtet man, was sich in der europäischen Geschichte - über die griechische und römische Kultur, die Renaissance, die Reformation, die französische Revolution usw. - sich herausarbeiten will, so ist es eine Gesellschaftsform, die immer mehr auf die Urteilsfähigkeit des einzelnen, aus dem inneren Antrieb der eigenen Einsicht handelnden Menschen abgestellt ist. Die allgemeinen Menschenrechte sind der hervorragende Ausdruck dieser Tendenz. Konsequenz zu Ende gedacht, erfordern die Menschenrechte in bezug auf die soziale Struktur das folgende: 1. Delegation des gesamten Bildungs- und Kulturlebens an die Verantwortlichkeit des einzelnen, vor allem "Durchlässigkeit der öffentlichen Strukturen für Initiativen, um die herum sich das neue Gemeinschaftsleben entfaltet. Durch Mehrheiten verordnete Gemeinsamkeiten kann es auf diesem Felde nicht mehr geben." 2. Umgestaltung der Wirtschaft im Sinne einer organhaft durchdrungenen Kooperations- bzw. Assoziationswirtschaft. 3. Inhaltliche Neutralität des Staates, der Staat bestimmt das Leben der Bürger nicht, sondern schützt und ermöglicht seine Entfaltungsformen und setzt Rahmenbedingungen und

Grenzen, wo die Gleichheit dies erfordert. "Sein Instrument ist die demokratische Mehrheitsentscheidung, ob direkt oder repräsentativ. Weil im Mehrheitsentscheid die Einzelmeinung untergeht, muß mit Angelegenheiten, die ihm unterworfen werden, sparsam umgegangen werden."<sup>1</sup>

Elemente eines solchen Ansatzes sind bereits in den mitteleuropäischen Sozialideen der Goethezeit präsent. Konsequenz ausgestaltet wurden sie durch Rudolf Steiner in seinem Wirken für eine Dreigliederung des sozialen Organismus 1917-1922.

Der Prüfstein für die europäische Integrationsbewegung ist ihr Verhältnis zu dem europäischen Ideal der Sozialgestaltung durch die Initiative des urteilsfähigen Menschen.

#### Väter und Vorgeschichte

Bekanntlich setzte sich Rudolf Steiner seinerzeit äußerst kritisch mit dem amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson (1856 - 1924) auseinander. Dieser trat 1918 mit einem 14-Punkte-Friedensprogramm hervor, das u.a. auf der Idee des „Selbstbestimmungsrechts der Nationen“ beruhte. 1919 wurde, durch ihn veranlaßt, der Völkerbund gegründet, der sich der Schaffung einer Friedensordnung und der Einhaltung des Völkerrechts widmen sollte. Deutschland war von 1926 - 1933 Mitglied. Der Völkerbund, der zeitweise 59 Mitglieder hatte, erwies sich im Weltkrieg als aktionsunfähig. (Wilson erreichte übrigens damals den Beitritt der USA zum Völkerbund nicht.)

Rudolf Steiner sah in der Dreiheit von Marktwirtschaft (als mechanische Ordnung der Wirtschaft), Demokratie (vereinseitigt zur individualitätsfeindlichen Vorherrschaft der Mehrheit) und Selbstbestimmungsrecht der Nationen (Primat des kollektiven Rechts der Mehrheit in einem Territorium auf einen eigenen Staat gegenüber individuellen Menschenrechten und national-kultureller Autonomie) eine Kontrastprogramm zur Dreigliederung des sozialen Organismus. Er sagte voraus, daß auf dieser Basis nur neue Konflikte programmiert würden (was wir heute im ehemaligen Jugoslawien in schrecklicher Weise verifizieren können).

Das hat nichts damit zu tun, daß der Wilsonschen Konzeption (neben taktischen Aspekten im Hinblick auf die Zerschlagung Österreich-Ungarns) nicht ideale Vorstellungen und Ziele zugrunde lagen. Diese erwiesen sich jedoch als zu abstrakt, um wirklich fruchtbar im sozialen Leben wirken zu können. „Internationalistische“ Ideen entstanden in dieser Zeit auch auf dem europäischen Kontinent. Dieser „Internationalismus“ war ein Kontrastprogramm zum Nationalismus (der sich im Weltkrieg als Übel entpuppt hatte), grenzte sich aller-

<sup>1</sup> Udo Herrmannstorfer: Die Zukunft wagen. Die Verantwortung der Schweiz für Europa. Dornach 1992, S. 48f.

dings auch deutlich vom ideologisch geprägten marxistischen Internationalismus ab. Besonders humanistisch gesonnene Intellektuelle waren seine Verfechter.

Einige Namen sind zu nennen: Das ist **Aristide Briand** (1862-1932). Er war Rechtsanwalt und Journalist, ab 1906 in zahlreichen französischen Kabinetten Minister. Ab 1926 oblag ihm die Leitung der französischen Außenpolitik. Er setzte sich ein für die Annäherung an Deutschland, die Räumung des Rheinlands und Abrüstungsmaßnahmen. Maßgeblich war er beteiligt am Zustandekommen des Locarno-Vertrages von 1925 (zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Polen und der CSR), dessen Ziel der Ausgleich zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Kriegsgegnern war und der u.a. eine Garantie der deutschen Westgrenzen beinhaltete. 1926 erhielten der deutsche Außenminister Stresemann, der Brite Chamberlain und Briand hierfür den Friedensnobelpreis.

Dieser Aristide Briand versuchte 1929, den Gedanken eines europäischen Zusammenschlusses der Nationen mit einem europäischen Rat im Rahmen des Völkerbundes in die praktische Politik umzusetzen. Bei diesem Projekt schöpft er aus einer geistigen Quelle: dem Paneuropa-Gedanken **Coudenhoves**.

**Graf Richard Nicolas von Coudenhove-Kalergi** (\* 1894 Tokio, + 1972 Schruns/Vorarlberg) entstammte einer alten flämischen Adelsfamilie, seine Mutter war Japanerin, ein Großvater Grieche: "Die Kalergis sind Nachkommen der byzantinischen Kaiserdynastie Phokas."<sup>2</sup> Als Politiker und politischer Schriftsteller propagierte er den „Paneuropa“-Gedanken. 1923 errang er einen Welterfolg mit seiner Schrift "Paneuropa", in der er Programm und Ziele der im gleichen Jahr von ihm begründeten Paneuropa-Bewegung festlegte. Wien wurde als Wiege der Paneuropa-Bewegung bald zu ihrem Mekka. Ziel der Bewegung war ein europäischer Staatenbund. Zur Propagierung dieses Ziels gründete er 1924 auch eine Zeitschrift mit dem Titel „Paneuropa“.

1938 emigrierte er nach dem „Anschluß“ aus Österreich in die Schweiz, dann in die USA, wo er von 1940 - 46 als Professor für Geschichte in New York wirkte. Ab 1947 war er Generalsekretär der von ihm begründeten Europäischen Parlamentarier-Union, 1952 - 65 Ehrenpräsident der „Europäischen Bewegung“, - aus der er 1965 allerdings austrat.

Seine Schriften: „Paneuropa“ (1923); „Kampf um Paneuropa“ (3 Teile, 1928-35), „Stalin und Co.“ (1931), „Europa erwacht“ (1934), „Totaler Mensch, totaler Staat“ (1937), „Kommen die Vereinigten Staaten von Europa?“ (1938), „Aus meinem Leben“ (1949), „Kampf um Europa“ (1949), „Die europäische Union“ (1953), „Eine Idee erobert Europa“ (1958); „Ein Leben für Europa. Meine Lebenserinnerungen“ (1966).

In seinen Schriften erweist sich Coudenhove als Verfechter des Konzepts einer - in der europäischen Kulturtradition wurzelnden, demokratisch legitimierten

- „geistigen Aristokratie“. Er sieht den Typus des "Helden", nicht den des "Heiligen", als den für Europa angemessenen. Das Rittertum als Blüte des Mittelalters findet für ihn seine Fortsetzung im Typus des englischen „Gentleman“.

"Wir wollen Europa, verbunden durch Bande der Freundschaft mit seinen mächtigen Nachbarn Amerika und Rußland, zu einer Weltmacht wiedervereinigen, gleichberechtigt ihren beiden Nachbarn und dem neuen China."<sup>3</sup> Coudenhove verweist selbst auf die Unterstützung seiner Ideen durch den Vertreter des politischen Katholizismus Seipel und den Sozialistenführer Renner. Er suchte Unterstützung für seine Ideen in allen politischen Lagern: Mussolini versucht er mit dem Hinweis gegen Hitler einzunehmen, daß die deutschen Nazis die Italiener als rassistisch minderwertig sehen. "Er [Mussolini] stand der Idee einer lateinischen Union mit Frankreich als Schutzwall gegen das Dritte Reich freundlich gegenüber; auch der Paneuropa-Idee..." (Es wäre allerdings ungerecht, zu folgern, Coudenhove habe selbst Sympathien für den Faschismus gezeigt. Das Gegenteil ist der Fall, wie seine Auseinandersetzung mit dem Totalitarismus in seinen Schriften zeigt.)<sup>4</sup> „Einige Stunden später empfing mich im Vatikan der damalige Kardinal-Staatssekretär Pacelli..."<sup>5</sup> (den späteren Papst Pius), welcher seine Sympathie für den Paneuropa-Gedanken äußert.

Daß dieser Gedanke bei so unterschiedlichen Strömungen auf Unterstützung stieß, hängt mit seiner inhaltlichen Unbestimmtheit zusammen: Die einen erhoffen von Paneuropa eine Wiedergeburt des heiligen römischen Reiches - unter dem Primat der katholischen Kirche. Die anderen verfolgten und verfolgen mit dieser Idee primär wirtschaftliche Ziele ("Europa der Konzerne"). Wenn man das Konzept modifizierte, kann man sogar bei einem Europa der nordischen Völker (wie es Himmlers „SS“ propagierte) anlangen. Unterschiedlichste Machtambitionen ließen sich - unter dem Mantel hehrer Ideale - auf diese Weise verfolgen.

In seinen Lebenserinnerungen von 1966 zitiert Coudenhove eine eigene Aussage, die er vor dem 2. Weltkrieg gemacht hat: Paneuropa könne auf dem längeren Weg des Friedens und dem kürzeren des Krieges kommen, wobei er selber den friedlichen Weg vorziehen würde. Damals sieht er bereits die Möglichkeit eines Weltkriegs voraus, bei dem die Achse Berlin-Rom gegen die Entente Paris-London und ihre Verbündeten stehen würde. Dieser Krieg sei für Europa eine Katastrophe, aber zugleich der kürzeste Weg zu Paneuropa: "England, Frankreich und ihre Verbündeten würden dann den Frieden diktieren und die Vereinigten Staaten von Europa gründen, um einen dritten europäischen Krieg unmöglich zu machen und die Grundlagen zu

<sup>3</sup> Coudenhove-Kalergi, a.a.O., S. 18, zit. nach Aregger, a.a.O.

<sup>4</sup> So richtig Ludwig Graf Poltzer-Hoditz, der große Dreigliederer der ersten Stunde, auch sah, daß Coudenhoves Konzept ein antidreigliedriges war, in diesem Punkt geht er mit seiner Kritik zu weit. Vgl. Thomas Meyer: Das „Testament Peters des Großen“ und die europäische Jahrhundertkrise. In: Das Goetheanum, Wochenschrift für Anthroposophie, Nr. 22, 29. Mai 1994, besonders S. 252f.

<sup>5</sup> C.K., a.a.O., S. 204.

<sup>2</sup> Richard N. von Coudenhove-Kalergi: „Ein Leben für Europa. Meine Lebenserinnerungen“. Köln/Berlin 1966 (Verlag Kiepenheuer und Witsch), S. 21. Zitiert nach: Gerold Aregger: Der Wegbereiter der "Europäischen Gemeinschaft". Welches Europa? In: „Gegenwart“. Nr. 3/4 1992.

schaffen für eine europäische Versöhnung und [...] für einen gemeinsamen wirtschaftlichen Aufstieg."<sup>6</sup>

1938 trifft sich Coudenhove mit Churchill, der für ihn eine neue große Hoffnung darstellt. William C. Bullitt, der die 14 Punkte Wilsons redigiert hat, versucht ihn mit Roosevelt zusammenbringen. Ein persönliches Treffen kommt zwar nicht zustanden, aber es ergeben sich intensive Verbindungen zu amerikanischen Regierungsstellen. Coudenhove will die Amerikaner davon überzeugen, daß Europa für den Zusammenschluß reif ist. "Den fruchtbarsten Boden" für seine Ideen findet er jedoch nach wie vor „in den katholischen Kreisen."<sup>7</sup>

### Nachkriegsentwicklung

1945 liegt das nazistische Deutschland am Boden. Jetzt streben die Sieger danach, eine neue Weltordnung zu errichten, bei der die Ideen des Internationalismus eine große Rolle spielen. 1945 kommt es mit der Gründung der UNO durch 51 Nationen in San Francisco zu einer Art Neuauflage der Völkerbundsidee. Gedacht ist die UNO als supranationale Organisation zur Erhaltung des Weltfriedens und zur Durchsetzung der Menschenrechte. Das UNO-Konzept ist aber kaum realer gegründet als das des Völkerbundes: In ihren Gremien haben die Menschenrechtsgegner Sitz und Stimme; und immer wieder wird so Staatenrecht über Menschenrecht gestellt.<sup>8</sup>

Im Rahmen dieser internationalistischen Bestrebungen kommt es auch zu neuen Europa-Initiativen. 1946, am 14. September, kommt es zu einem Treffen Coudenhoves mit Churchill in Bursinel am Genfer See. Churchill berichtet über eine Einladung nach Zürich, beide besprechen den Plan einer paneuropäischen Initiative, welche Churchill dann mit seiner Züricher Rede ergreift. In der er die Schaffung der "Vereinigten Staaten von Europa" vorschlägt. Coudenhove, der sich in der Folgezeit noch mehrfach mit Churchill trifft, kommentiert: Plötzlich ist die Paneuropa-Idee "wieder in allen Leitartikeln, auf allen Zungen".<sup>9</sup>

Es war derselbe Winston Churchill, der in seiner berühmten Rede in Fulton das Wort vom "Eisernen Vorhang", der Europa teile, geprägt hat. Die europäische Integration der Nachkriegszeit war von vornherein eine einseitig westeuropäische, eingebettet in die Integration des Westens im Zuge der Blockkonfrontation.

<sup>6</sup> A.a.O., S. 203.

<sup>7</sup> A.a.O., S. 271. Einer seiner Mitstreiter - und bis heute als Paneuropäer engagiert - ist Otto von Habsburg.

<sup>8</sup> Sitz der UNO ist New York, ihre Organe sind die einmal jährlich tagende Generalversammlung und der Sicherheitsrat mit 5 ständigen und 10 weiteren Mitgliedern (wobei die ständigen Mitglieder Rußland, USA, China, Großbritannien und Frankreich über ein Veto-Recht verfügen). Integriert in die UNO sind die UNESCO (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation, Sitz Paris), die Welternährungsorganisation FAO und die Internationale Atomenergieorganisation.

Weitere Schritte zur Begründung einer „New World Order“ war das General Agreement on Tariffs and Trade (GATT), das 1947 von 23 Ländern abgeschlossen wurde sowie die Begründung des Internationalen Währungsfonds (IWF). Das GATT-Abkommen empfiehlt den Abbau der Zollschränken und sieht die "absolute Meistbegünstigung" vor (jeder Mitgliedsstaat muß den übrigen Mitgliedsstaaten die gleichen günstigen Zollsätze und Einfuhrmöglichkeiten gewähren).

<sup>9</sup> Coudenhove, a.a.O., S. 287.

Coudenhove kommentiert: "Die ideologischen Gegensätze hatten das Erbe der nationalen übernommen..."<sup>10</sup>

So sehr die europäische Integrationsbewegung auch der Versuch war, die nationalen Erbfeindschaften der Vergangenheit zu überwinden, so sehr blieb sie doch in ihrer Konzeption selber traditionellen Ideen des Einheitsstaates und der Machtpolitik verhaftet.

### Der Weg zum Europa-Rat

Coudenhove hatte für die europäische Einigung drei Stufen vorgedacht: die Schaffung eines Verständigungsorgans, eine Wirtschaftsunion und schließlich die politische Union. Es ist frappierend zu sehen, wie die weitere Entwicklung sich nun exakt nach diesem Fahrplan vollzieht.

An dieser Stelle müssen zwei weitere Väter des Europa-Gedankens erwähnt werden, Monnet und Schumann. Der Franzose **Jean Monnet** (1888-1979) war Wirtschaftspolitiker, 1919 - 1923 wirkte er als stellvertretender Generalsekretär des Völkerbundes, 1938 war er Leiter der französischen, 1939 - 1943 der französisch-britischen Einkaufsbehörde für Kriegsmaterial in den USA. Als Mitbegründer des französischen Befreiungskomitees in Algerien (1943) setzte er sich gegen Kolonialismus und Diskriminierung ein. 1946-1950 leitete er das Amt für wirtschaftliche Planung und war am Entwurf des sog. Schumann-Planes beteiligt. 1950-52 war er Präsident der Schumann-Plan-Kommission, 1952-55 Vorsitzender der Hohen Behörde der Montan-Union. 1955 gründete er das bis 1975 bestehende "Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa", als dessen Präsident er ab 1956 fungierte. Er schrieb u.a. das Buch „Les États-Unis d'Europe ont commencés“ (1955).

**Robert Schumann** (1886 - 1963) war Rechtsanwalt und wirkte in der französischen Politik als Abgeordneter der volksdemokratischen Partei, war bis Juni 40 Staatssekretär (befaßt mit Evakuierungsfragen). 1940 wurde er nach Deutschland deportiert, floh 1942 und schloß sich der Résistance an. Von 1946 - 1956 bekleidete er verschiedene Ministerposten, 1947/48 eine Zeitlang das Amt des Ministerpräsidenten. Als Außenminister (1948 - 1952) setzte er sich vehement für die europäische Einigung ein. 1950 entwickelt er seinen Plan für die sog. Montanunion. Er förderte die Bildung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG). Von 1955 - 1962 war er Präsident der Paneuropa-Bewegung, von 1958 - 1960 erster Präsident des europäischen Parlaments, 1958 wurde ihm der Karlspreis der Stadt Aachen verliehen. Er schrieb u.a. „Pour l'Europe“ (1963).

### Europäische Integration nach Fahrplan

1948 tritt der Marshallplan in Kraft (European Recovery Programm/ERP). Bis 1951 gehen auf diese Weise ca. 13 Md. Dollar Kredite an Westeuropa. 1948 wird die OECD begründet (Organisation for European Cooperation and Development), mit Sitz in Paris. 18 Mitgliedsstaaten sind dabei, darunter die drei westli-

<sup>10</sup> A.a.O., s. 283f.

chen Besetzungszonen Deutschlands.

Jetzt tritt Stufe I des Paneuropa-Fahrplans in Kraft:

**1948:** Gründung der europäischen Bewegung (Dachorganisation übernationaler Europa-Organisationen zur Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa, ein Mitglied ist die Paneuropa-Union).

**1949: Begründung des Europarats** (Council of Europe, Conseil de L'Europe) mit Sitz in Straßburg durch ein Zehnmächte-Abkommen (Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Schweden; weitere Beitritte: 1949 Griechenland und Türkei, 1950 Island, 1951 BRD, 1956 Österreich, weitere Länder folgen). Erklärtes Ziel des Europarats ist die Wahrung und Förderung der Prinzipien der Freiheit und des gemeinsamen europäischen Erbes und die Sicherung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts. Coudenhove kommentiert: "1949 hat den ersten Programmpunkt verwirklicht..."<sup>11</sup>

Organe des ER sind der Ministerausschuß, eine beratende Versammlung als Diskussionsorgan (seinerzeit 135 Abgeordnete, heute 170) und ein Generalsekretariat. Den Organen sind nur Empfehlungen möglich, Fragen, die die nationale Souveränität tangieren, wie die Verteidigung, wurden bewußt ausgeklammert.

Die beratende Versammlung des Europa-Rats bestimmt heute die Richter des **Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte**, der über die Einhaltung der europäischen Menschenrechtskonvention wachen soll.

Am 4.4. 1949, im gleichen Jahr, erfolgt die Begründung der NATO (North-Atlantic Treaty-Organisation).

1951: Aufnahme der BRD in den Europarat. Ratifizierung des EZU-Abkommens (Europäische Zahlungsunion).

**1951:** Gründung der **Montanunion** (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl) durch die BRD, Frankreich, Luxemburg, Italien, Belgien und die Niederlande. Die Rohstoffproduktion von Kohle und Stahl wird zusammengelegt und einer Hohen Behörde mit Sitz in Luxemburg unterstellt. Die Kontrolle der Schwer- und Rüstungsindustrie soll der Friedenssicherung dienen. Die Montanunion ist besonders mit dem Namen des Lothringers Robert Schumann verbunden. Sie war das *erste europäische Organ mit Machtbefugnis*.

Es entsteht in der Folgezeit ein ganzes Netz europäischer Organisationen:

1952: Gründung der **Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG)** (Deutschland, Frankreich, Italien und Benelux-Länder). Ein gemeinsamer Oberbefehl scheitert an Bedenken Frankreichs. 1954 wird die bis heute wirksame, der NATO angegliederte Westeuropäische Union (**WEU**) begründet.

1957: Gründung von **EURARATOM** mit Sitz in Brüssel als dritter der europäischen Gemeinschaften (Zusammenschluß der EG-Länder zum Zweck der Bildung und Entwicklung von Kernindustrien). Man hegt und pflegt die Illusion der sog. friedlichen Nutzung der Kernindustrie und mobilisiert hierfür gewaltige finanzielle Mittel.

<sup>11</sup> A.a.O., S. 334.

## Stufe II: Die EWG

**1957** werden die sog. Römischen Verträge über die Gründung einer „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ abgeschlossen. Beteiligte dieses Abkommens sind Frankreich, Italien, die Benelux-Länder und die Bundesrepublik Deutschland. Ziel ist die Angleichung der Wirtschaftspolitik und die Schaffung eines gemeinsamen Marktes. Coudenhove kommentiert: "1949 hat den ersten Programmpunkt verwirklicht - 1957 den zweiten."<sup>12</sup>

Geregelt werden sollen laut den römischen Verträgen die folgenden Bereiche: 1. Freier Warenverkehr, 2. freie Arbeitsplatzwahl, 3. Niederlassungsfreiheit, 4. Freiheit der Dienstleistungen, 5. Landwirtschaft, 6. Transportwesen, 7. Sozialwesen, 8. Wettbewerb. Ausgenommen sind Verteidigung, Außenpolitik, Erziehung und Wissenschaft. Die Verträge beinhalten einen partiellen Souveränitätsverzicht der beteiligten Staaten (Gemeinschaftsrecht bricht Staatsrecht). Sitz der EWG ist Brüssel.

Später werden als Organe **Kommission und Rat**, als Oberstes Gericht der Europäischen Gemeinschaften (EWG, Montanunion und Euratom) der **Europäische Gerichtshof** in Luxemburg geschaffen.

In den Jahren nach dem Abschluß der römischen Verträge vollzieht sich die „deutsch-französische Aussöhnung“: De Gaulle und Adenauer beschwören dabei mit dem Geist Karls des Großen („Charlemagne“) ein katholisch geprägtes Europa im Sinne einer Neufassung des von der Kirche übernommenen römischen Reichsgedankens.<sup>13</sup>

## Weitere Integrationschritte

**1958:** Bildung des Europäischen Parlaments als Organ der Europäischen Gemeinschaften. Sitz in Straßburg.

**1959:** Großbritannien schließt sich mit Schweden, Norwegen, Dänemark, der Schweiz, Österreich und Portugal zur European Free Trade Association (EFTA) zusammen.<sup>14</sup>

**1965:** Zusammenschluß von EWG, Montanunion, Euratom zur „**Europäischen Gemeinschaft (EG)**“.

Nun verdichtet sich die Zusammenarbeit zusehends:

Seit **1.7. 1967** gibt es einen gemeinsamen **Ministerrat** (an den relativ häufigen Sitzungen nehmen je nach Tagesordnung die Regierungschefs oder Ressortminister teil). Die einzelnen Länder haben allerdings unterschiedliches Gewicht, die BRD beispielsweise hat 10, Belgien 5, Luxemburg 2 Stimmen. Sitz des Rates

<sup>12</sup> A.a.O., S. 334.

<sup>13</sup> Durch die Kaiserkrönung Karls durch den Papst im Jahre 800 bekommt die verwaiste römische Kaiserkrone eine neuen Träger: die Franken werden römische Kaiser. Nach Teilung des Frankenreichs entsteht später das „Heilige römische Reich deutscher Nation“. Karl der Große (742 - 814) ist König seit 768, er erobert 773-74 das Langobardenreich, unterwirft und christianisiert nach schweren Kämpfen die Sachsen, entzieht Herzog Tassilo Bayern; schiebt die Grenze zu den Awaren bis zur Leitha vor und drängte die Araber bis zum Ebro zurück. Seine Kaiserkrönung durch Papst Leo III. bedeutet die Erneuerung des westlichen Imperiums, in dem sich Germanentum mit christlich-römischer Überlieferung verband. Unter Karl dem Großen vollzog sich die Gründung zahlreicher Bistümer; er ordnete die Verwaltung neu.

<sup>14</sup> 1961 entsteht die OECD (Organisation for Economic Cooperation and Development), die besonders auf dem Gebiete der Entwicklungshilfe tätig ist, mit Sitz in Paris. Sie ist die Nachfolgeorganisation der OEEC.



ist Brüssel. Das wichtigste Organ der Europäischen Gemeinschaften ist die gemeinsame **Kommission**, das eigentlich Zentrum der Euro-Bürokratie mit Sitz in Brüssel und Luxemburg. Auch wenn die Letztentscheidungen im Ministerrat fallen: der Kommission wächst immer mehr Macht zu. Je nach Staatengröße entsenden die Mitglieder 1 oder 2 Kommissare in dieses Kollegialorgan, das die Mitgliedstaaten hinsichtlich des Gemeinschaftsrechts kontrolliert und das auf diesem Feld des Gemeinschaftsrechts die Initiative hat.

**1973:** Die bisherigen EFTA-Mitglieder Großbritannien, Dänemark und Irland werden mit Wirkung vom 1.1. Vollmitglieder der EG.

**1979:** Erste Direktwahl zum Europäischen Parlament. Das Parlament hat keine legislativen Befugnisse, sondern nur das Recht der Beratung und Kontrolle. Es kann allerdings das Budget ablehnen und die Kommission damit zum Rücktritt zwingen. [Seit dem Maastrichter Vertrag von 1992 (s. weiter unten) kann der Ministerrat in verschiedenen wichtigen Bereichen der Gemeinschaftspolitik nicht mehr ohne das Einverständnis des Europäischen Parlaments entscheiden (z.B. Beitritts- und Assoziationsverträge, neue Strukturfonds, Umsetzung der Währungsunion).]

Instrumentarien des **Gemeinschaftsrechts** sind Verordnungen (für alle bindend, z.B. Bio-Verordnung), Richtlinien (z.B. Bilanzrichtlinie; läßt den einzelnen Ländern eine gewisse Ausgestaltungsfreiheit), Einzelentscheidungen. Richtlinien müssen binnen 2 Jahren in nationales Recht umgesetzt werden. Der **Europäische Gerichtshof** erlangt eine immer größere Bedeutung als Rechtsfortbildungsorgan (Auslegung des Gemeinschaftsrechts). Bei EG-relevanten Entscheidungen sind die nationalen Gerichte gehalten, den Europäischen Gerichtshof einzubeziehen. Durch seine integrationsfreundliche Rechtsprechung ist der EuGH ein Motor der Vereinheitlichung (etwa auf den Feldern der technischen Harmonisierung, des generell in EG-Kompetenz fallenden Wettbewerbsrechts, des Konsumentenschutzes und der Produkthaftung).

**1979:** Das **Europäische Währungssystem (EWS)** tritt in Kraft (währungspolitische Zusammenarbeit, an der England zunächst nicht teilnimmt. Vereinbarung von Wechselkursen, die durch Intervention der Notenbanken stabil gehalten werden sollen. ECU als Rechnungseinheit.)

**1981:** Griechenland wird Mitglied der EG.

**1986:** Mit dem Beitritt Spaniens und Portugals umfaßt die EG 12 Mitgliedsstaaten.

**1987:** Die „**Einheitliche Europäische Akte**“ tritt in Kraft. Sie schreibt den 1. Januar 1993 als Datum für die Verwirklichung des Binnenmarktes fest. Die „Einheitliche Europäische Akte“ etabliert das Mehrheitsprinzip in EG-Kommission und Rat; Einstimmigkeit ist nicht mehr erforderlich, was einen weiteren entscheidenden Schritt zur Vereinheitlichung darstellt.

**1989:** **Jaques Delors** wird Präsident der EG-Kommission. Sein Konzept ist ein konsequentes Europa-Management mit Hilfe einer aufgeklärten Bürokratie - entsprechend der zentralistisch-rationalistischen Tradition Frankreichs.

**1992:** Abschluß des **EWR-Vertrages** (gemeinsamer Markt von EG und EFTA mit 19 Staaten). Begründung eines EWR-Rates und eines EWR-Gerichtshofs.

**1. 1. 1993: EG-Binnenmarkt:** Der Binnenmarkt stellt die vorläufige Vollendung der Wirtschaftsunion dar, wie sie mit den römischen Verträgen angepeilt worden war. Er soll einen gemeinsamen Wirtschaftsraum mit freiem Waren-, Dienstleistungs-, Personen- und Kapitalverkehr herstellen. Probleme, die hierbei z.T. bereits angegangen wurden, z.T. aber auch noch endgültig zu lösen sind, sind die Abschaffung der Grenzkontrollen, die Angleichung der Steuern, Freizügigkeit der Bürger (Niederlassungsfreiheit), die Vereinheitlichung technischer Normen, die EG-weite Ausschreibung öffentlicher Aufträge, die Liberalisierung der Dienstleistungsmärkte, die Angleichung des Unternehmensrechts und die Ordnung der Beziehungen zur übrigen Welt (z.B. im Rahmen des GATT).<sup>15</sup> Bereits vor dem Binnenmarkt-Stichtag haben Verhandlungen über die Herstellung einer politischen Union begonnen.

### Stufe III: Die Politische Union

Am **7. Februar 1992** wird in Maastricht der „**Vertrag über die Europäische Union**“ unterzeichnet. Mit ihm findet die europäische Integrationsbewegung ihre Krönung. Der Vertrag beinhaltet die Errichtung einer „Wirtschafts- und Währungsunion“, „eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, wozu auf längere Sicht auch die Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik gehört, die zu gegebener Zeit zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte“ sowie „die Entwicklung einer engeren Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres“. U. Herrmannstorfer schreibt dazu: "**Währungsunion und gemeinsame Außenpolitik** sind die beiden Eckpfeiler der politischen Union Europas. Mit der gemeinsamen Außenpolitik wird die Abgrenzung nach außen eingeleitet, die nach und nach zu einer Innenraumbildung mit einer **koordinierten Innenpolitik** führen muß. Und die Währungsunion besteht ja nicht aus der Einführung gemeinsamer Geldscheine, sondern verlangt in Wahrheit die vollständige Angleichung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse im gesamten Einzugsbereich."<sup>16</sup> "Mehrheitsparlamentarismus und Marktwirtschaft werden die Zukunft von EG und EWR bestimmen. Die beiden Grundforderungen Europas, Raum für individuelle Freiheit und selbstverwaltete Initiativen im geistig-kulturellen Leben“ und für die Ausbildung „assoziativer Zusammenarbeitsformen, werden nicht aufgegriffen, ja sogar systematisch ausgeschlossen."<sup>17</sup>

### Gesamteuropäische Entwicklungen

Die geschilderte Entwicklung vollzog sich im Rahmen Westeuropas. In den letzten beiden Jahrzehnten haben sich nun aber auch entscheidende gesamteuropäische Entwicklungen vollzogen. **1975** wurde in Helsinki die

<sup>15</sup> „Der Europäische Binnenmarkt beginnt - mit viel Bürokratie und vielen Ausnahmen. Die Exporteure klagen über umständliche Verfahren [...]“ („Der Spiegel“, 53/1952, 28. 12. 1992.

<sup>16</sup> Herrmannstorfer, a.a.O., S. 73.

<sup>17</sup> Herrmannstorfer, a.a.O., S. 74.

Schlußakte der **Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)** unterzeichnet. An der KSZE sind neben den europäischen Staaten die USA und Kanada beteiligt (seinerzeit 35, heute über 50 Teilnehmerstaaten). Die Schlußakte von Helsinki enthält drei sog. Körbe: Korb I befaßt sich mit der europäischen Sicherheit (Grenzgarantie), Korb II mit der wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit, Korb III mit den Menschenrechten. Die formale Unterstützung der staatssozialistischen Länder für Korb III stellte eine wesentliche Ermutigung für die Veränderungsbewegungen in Ost- und Ostmitteleuropa dar. **1989** ergab sich eine Konstellation, die zum Zusammenbruch des Staatssozialismus und einem vollständigen Umbruch in Europa führte. In der Folge dieses Umbruchs wurde 1990 auf einem KSZE-Gipfel in Paris eine gemeinsame Charta für ein neues Europa beschlossen. Sie enthält ein eindeutiges Bekenntnis zu den individuellen Menschenrechten als Grundlage staatlichen Lebens.

Die weitere Entwicklung der europäischen Integrationsbewegung ist den damit gegebenen Kriterien für die Schaffung eines gesamteuropäischen Hauses auf der Grundlage moderner Sozialgestaltungsgrundsätze nicht gerecht geworden. Nach wie vor dominiert das westeuropäische Element in der Integration: die Bedingungen für die Teilnahme Osteuropas werden einseitig vom Westen gesetzt, der zudem - angesichts des Stroms des Auswanderer aus dem Osten - Tendenzen erkennen läßt, eine Art neuen „eisernen Vorhang“ in Europa zu errichten.

Die Gestaltungsimpulse, die innerhalb der EU wirken, sind trotz aller verbalen Bekenntnisse gegen einen Hyperzentralismus, kaum als modern zu bezeichnen.<sup>18</sup>

Zwar bekennt sich die EU im Vertrag von Maastricht zu dem sog. Subsidiaritätsprinzip (vgl. Rundbrief 4/92), ihr Verständnis von Subsidiarität ist aber ein äußerst reduziertes. Vielfach ist Subsidiarität - und auch der „Regionalismus“ - auf einen bloßen Kampfbegriff des landespolitisch-regionalen Egoismus gegen ein zu starke Dominanz Brüssels heruntergekommen. Die Frage nach der „horizontalen“ Subsidiarität - der Autonomie durch Selbstverwaltung geordneter gesellschaftlicher Lebenssphären - wird ausgeklammert, ebenso die Frage nach Selbstverwaltungsformen wirtschaftlicher Lebensräume.

Auch vermindert das Subsidiaritätsprinzip gegenwärtig nicht die Demokratiedefizite innerhalb der Union, es kann sogar zum Verhinderungsinstrument demokratischer Kontrolle werden. Man kann dieses Problem am Wirken der Kultusministerkonferenz in der BRD studieren, eines demokratischer Kontrolle weitgehend entzogenen, Koordinationsorgans zwischen den Bun-

desländern als Trägern der Kulturhoheit. Das Wort von der „Rätediktatur“, das der SPD-Bundestagsabgeordnete Peter Conradi bei der Begründung seiner Nein-Stimme zum Maastricht-Vertrag prägte, ist also nicht aus der Luft gegriffen. Auch eine Aufwertung des Straßburger Parlaments wird die bürokratisch-zentralistische Orientierung der EG-Institutionen nicht beseitigen können.

Die dogmatisch-marktwirtschaftliche Orientierung der EU erscheint einer modernen Gestaltung der Wirtschaftsprozesse wenig förderlich. Soziale Komponenten sind bei dieser Orientierung nur als Veranstaltung der staatlichen Institutionen vorgesehen, d.h. mit Bürokratie und Reglementierung verbunden, was insbesondere in der Landwirtschaftspolitik immer wieder sichtbar wird.<sup>19</sup> Die Hoffnung, daß ein erweiterter Wirtschaftsraum die sozialen Probleme beseitigen wird, erscheint trügerisch, eher ist eine „erweiterte Reproduktion“ der Probleme zu erwarten.

Die politische Integration im bisher praktizierten Stil zementiert die bestehende Wirtschaftsordnung, verstärkt die Gefahren machtpolitischer Zentralisierung und bürokratischer Reglementierung. Zudem entsteht die Gefahr einer noch weitergehenden Unter-

<sup>19</sup> Der europäische Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) dient der Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik und nimmt ca. 2/3 des gesamten EG-Haushalts ein.

<sup>18</sup> So formulierte der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker in einer Rede beim Europakolleg Brügge am 24.9.1990: „Die Gemeinschaft soll und will natürlich keinen einheitlichen Staat bilden. Sie hat einen neuen Typus einer rechtsverbindlichen, handlungsfähigen übernationalen Institution geschaffen. Sie muß ihre integrierte Handlungsfähigkeit weiter verstärken, und zwar im Sinne eines lebendigen Föderalismus lebensfähiger Mitgliedsländer. Die Kompetenzverteilung kann nur nach dem Prinzip der Subsidiarität erfolgen... Die EG Jean Monnets ist ein entscheidender Prozeß im Übergang zu einem Europa, in dem die souveränen Nationen lernen, ihre Souveränität in Freiheit zu teilen und diesen Vorgang rechtlich verbindlich und unumkehrbar zu vereinbaren.“

ordnung von Recht und Kultur unter wirtschaftliche Gesichtspunkte, die dadurch zu Sachzwängen werden, welche soziale Gestaltung verhindern. Die Vereinheitlichung von Normen wird trotz der vielbeschworenen Subsidiarität immer wieder die Gefahr mit sich bringen, daß das Schlechtere sich als Standard durchsetzt, etwa im Bereich der Ökologie.

### Was tun?

Die Wahrnehmung der wahren Gegenwartsaufgaben Europas wird nur von den Menschen ausgehen können, die wirklich an sozialer Erneuerung interessiert sind.

Die wirkliche europäische Identität wird so aus vielen kleinen Initiativen von unten wachsen müssen. Für dieses Bemühen um soziale Erneuerung braucht es einen langen Atem. In dieser Hinsicht kann man sicher mancherlei von den Exponenten der heutigen sich vollziehenden europäischen Integration lernen: Wie immer man ihre Konzepte kritisch bewerten muß, den langen Atem kann man ihnen nicht absprechen. Es gehörte immerhin ein gehöriges Maß an historischem Optimismus dazu, in der Zeit der nationalen Erbfeindschaften an eine gemeinsame Zukunft des Kontinents zu glauben und auf diese Zukunft hinzuarbeiten.

## Notizen und Berichte

### „Initiative '94“ für direkte Demokratie

Wilfried Heidt und einige andere Freunde haben zum Superwahljahr 1994 eine neue Initiative für direkte Demokratie ergriffen. Einige Gesichtspunkte zu dem Thema „direkte Demokratie“ aus der Sicht der Redaktion enthält der Beitrag über die Aufgaben der Dreigliederungsbewegung im Superwahljahr.<sup>1</sup> An dieser Stelle beschränken wir uns auf die Dokumentation:

*Am 16. Oktober (Bundestagswahl)*

#### **Selbstorganisiertes Volksbegehren: „Volksgesetzgebung in die Verfassung“**

Das Ende des Kommunismus, so positiv das ist, hat zu vielen neuen und großen Problemen geführt. Gleichzeitig bestehen die meisten alten weiter - weltweit, in Europa, auch in Deutschland. Die überkommenen politischen Formen des parlamentarischen Parteienstaates erweisen sich jedoch mehr und mehr als den gegebenen Herausforderungen nicht gewachsen. In der Bevölkerung ist Politikverdrossenheit eine weit verbreitete Stimmung. Diffuse Protesthaltungen können leicht in anachronistische, extreme Richtungen umschlagen. Auch Wahlenthaltung ist keine konstruktive Alternative.

Was ist ein Hauptgrund dieser Erscheinung, was die Therapie?

Man kann sagen: Alle Probleme der menschlichen Gesellschaft sind von Menschen gemacht. Sie sind in ihren Ursachen erkennbar und man weiß auch, wie sie zu beseitigen wären. Warum geschieht es nicht? Weil das parlamentarische System von den in der Gesellschaft lebenden Fähigkeiten und Kräften nur diejenigen berücksichtigt, die sich in den Parteien oder bestimmten Interessengruppen organisieren. Daran aber können und wollen sich über 95% der Menschen nicht beteiligen. Folglich bleibt ihre Kompetenz, Kreativität und

Moralität, bleiben ihre Ideen und Interessen auf der Strecke, können sich nicht wirksam artikulieren und in die demokratischen Entscheidungsprozesse einbringen. Doch mehr denn je brauchen wir zur Lösung der Probleme, die anstehen oder in Zukunft anstehen werden, die Mitwirkung aller, die mitwirken wollen. Auch ohne Mitglied, Funktionär/in oder Abgeordnete/r einer Partei zu sein.

Das wäre praktisch zu realisieren durch das Recht, dem Bundestag aus der Bevölkerung Gesetzesvorschläge zu unterbreiten, gegebenenfalls dazu ein Volksbegehren veranstalten und bei hinreichender Unterstützung einen Volksentscheid durchführen zu können (gemäß Art. 20 Absatz 2 des Grundgesetzes).

Seit Jahren wird diese Forderung an den Bundestag gerichtet. Bisher vergeblich. Jetzt nehmen wir die Sache selbst in die Hand. Die Bevölkerung soll entscheiden können, ob sie auch künftig die Politik nur den Parteien überlassen oder auch selbst die demokratische Verantwortung für Entscheidungen übernehmen will.

Dies wird zunächst vom Ausgang des selbstorganisierten Volksbegehrens am Tag der Bundestagswahl abhängen. Würde die Mehrheit das Verlangen unterstützen, über den umseitig dargestellten Regelungsvorschlag einen Volksentscheid durchzuführen: Würde die Parlamentsmehrheit den dafür formal-rechtlich notwendigen Beschluß auch dann noch verweigern?

Erst wenn wir das Recht zur Volksgesetzgebung haben, ist die Gemeinschaft der mündigen Menschen politisch souverän. Dann gibt's Demokratie - auch nach der Wahl.

Wenn wir es wollen, ist der 16. Oktober dieses Mal mehr als nur ein üblicher Wahltag.

Jeder Wahlberechtigte kann sich an diesem Begehren beteiligen. Um vorzubeugen, daß man dessen Ergebnis anzweifelt, *muß auf dem Stimmzettel die Adresse mit Unterschrift gegeben werden.* Vor jedem Wahllokal wird eine Urne zur Abgabe der Willenserklärung stehen. Jede Stimme ist wichtig: Formular [auf der Rückseite des anzufordernden Stimmzettels, CS] ausfüllen (Adresse, Unterschrift, Ja oder Nein) und am Wahltag in die Urne stecken. Das Ergebnis wird dann dem neu-gewählten Bundestag überreicht. Wir brauchen Ihre

<sup>1</sup> Eine vertiefende Betrachtung des Themas findet sich u.a. in dem Beitrag von C. Strawe „Weniger Staat - mehr Demokratie. Überwindung struktureller Vormundschaft und neue Politik“ in: Der Staat - Aufgaben und Grenzen, Sozialwissenschaftliches Forum Band 4, Stuttgart 1992. In diesem Band hat auch Wilfried Heidt - zusammen mit Bertold Hasen-Müller - seine Position ausführlicher begründet („Die Kardinalfrage des Staatswesens - Hinweis auf eine Lebensnotwendigkeit der Gegenwart und Zukunft“).

Mithilfe an jedem Ort (zum Verteilen der ca. 60 Millionen Stimmzettel, Betreuung der Abstimmungsurnen usw.).

*Selbstorganisiertes Volksbegehren: „Volksgesetzgebung in die Verfassung“*

#### **Willenserklärung**

Hiermit erkläre ich meine Zustimmung zur der Aufforderung an den Deutschen Bundestag, er möge bis spätestens 15. Dezember 1994 einen Volksentscheid über den nachstehenden Entwurf eines Verfassungsgesetzes zur Einführung der Volksgesetzgebung beschließen. Der Volksentscheid soll bis spätestens 30. Juni 1995 stattfinden.

#### **A. Die Volksinitiative**

1. Mindestens 100 000 Stimmberechtigte haben das Recht, dem Deutschen Bundestag einen mit Gründen versehenen Gesetzentwurf oder eine vergleichbare Forderung vorzulegen.
2. Die Initianten haben das Recht, hinsichtlich ihres Anliegens im Bundestag gehört zu werden.
3. Der Bundestag ist verpflichtet, über Volksinitiativen binnen eines halben Jahres geschäftsordnungsmäßig zu beraten und zu beschließen.
4. Das Nähere bestimmt ein Gesetz.

#### **B. Das Volksbegehren**

1. Lehnt der Bundestag das Anliegen einer Volksinitiative ab, hat sie das Recht, ein Volksbegehren zum Volksentscheid einzuleiten.
2. Ein Volksbegehren ist erfolgreich, wenn ihm mindestens 1 Million Stimmberechtigte durch ihre Unterschrift beigetreten sind.
3. Die Unterschriften sind auf einem einheitlichen Formular in freier Unterschriftensammlung längstens innerhalb eines Jahres zu leisten. Gültig sind die Unterschriften stimmberechtigter Bürgerinnen und Bürger.
4. Im Falle des Erfolgs steht der Initiative eine Kostenpauschale zu.
5. Das Nähere bestimmt ein Gesetz.

#### **C. Der Volksentscheid**

1. Ein Volksentscheid findet frühestens ein halbes, spätestens ein Jahr nach einem erfolgreich abgeschlossenen Volksbegehren statt. Der Termin wird in Absprache mit der Initiative von der Bundesabstimmungsleitung bestimmt.
2. Während der Zeit vor der Abstimmung - mindestens aber während eines Vierteljahres - ist es das Recht der Befürworter bzw. der Gegner eines Vorschlags, ihre Positionen in den Massenmedien - Presse, Radio, Fernsehen - gleichberechtigt darzustellen.
3. Beim Volksentscheid entscheidet die Mehrheit der abgegebenen Stimmen.
4. Das Nähere bestimmt ein Gesetz.

Ja   Nein

*Nähere Informationen über die Initiative und Stimmzettel: Initiative '94 - 88147 Achberg - Hohbuchweg 23 - Tel. 08380-500. Spenden: Arbeitsgemeinschaft Demokratie und Recht e.V., Kto. Nr. 161984 Kreissparkasse Lindau (BLZ 735 500 00).*

## **Eurotopia - Bürgerinnen-Bewegung für eine europäische Demokratie und eine europäische Verfassung mit direktdemokratischen Rechten**

(cs) Unter dem Namen „eurotopia“ stellt sich eine Initiative vor, in deren Rahmen nach eigenen Angaben seit 2 Jahren über 1000 Menschen aus bisher 12 Ländern versuchen, die Herausbildung einer europäischen Demokratiebewegung zu fördern. In einer Dokumentation verweist man auf eine doppelte Krise der europäischen Demokratie: einerseits seien die Staaten zu klein geworden, um die großen Herausforderungen der Zeit - Frieden, Überwindung der Arbeitslosigkeit und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen - zu bewältigen. Andererseits gehe auf dem Wege der Bildung transnationaler Strukturen die Mitsprache der Bürger verloren. Die Demokratie mutiere immer mehr zur autoritären Expertokratie. „Beide Krisen erfordern innerhalb und außerhalb der Staaten neue transnationale Demokratiebewegungen zur Vertiefung und zum Ausbau der bisherigen demokratischen Rechte über den Wahlakt und die alten Staatsgrenzen hinaus. Das entsprechende Ziel: Mehr Demokratie auch auf gesamteuropäischer Ebene, beispielsweise in einer europäischen Verfassung für alle Europäerinnen und Europäer zwischen Gibraltar und dem Ural, vom Mittelmeer bis zur Polargrenze.“

„Doch mehr Demokratie bedeutet mehr und eine feinere Teilung der Macht. Ohne Druck und Bewegung von unten geschieht dies auf keiner Ebene. [...]“

*Kontakt: eurotopia transnational. P.O. Box 909, CH-3000 Bern 7. Tel.: (00)4131-3110555. Fax: (00)4131-3110569.*

## **Teilerfolg der Waldorfschulen - Baukosten müssen bei staatlicher Förderung berücksichtigt werden**

(cs) Bei der Förderung von Schulen in freier Trägerschaft müssen künftig bundesweit auch die Kosten für die Beschaffung der erforderlichen Schulräume berücksichtigt werden. So entschied das Bundesverfassungsgericht im Hinblick auf eine Klage der Waldorfschulinitiative in Engstingen. Seit der Änderung des Privatschulgesetzes im Januar 1990 wurden in Baden-Württemberg Landeszuschüsse für private Schulbaumaßnahmen nur noch Trägern anerkannter Sonderschulen gewährt, wenn durch den Betrieb die Einrichtung einer entsprechenden „öffentlichen“ Sonderschule entbehrlich gemacht wurde. Diese Einschränkung ist nach Auffassung des höchsten Gerichtes verfassungswidrig.

Die Karlsruher Richter verwiesen darauf, daß die Existenzchancen der Schulen in freier Trägerschaft auch durch den Zwang mitbestimmt werden, nach Zahl und Ausstattung der Schulräume nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückzustehen. Daher müßten in den pauschalen Fördersatz je Schüler, der das Existenzminimum der Schule decken soll, auch die Kosten für die Beschaffung der notwendigen Schulräume einbezogen werden.

Keinen Erfolg hatte die Initiative dagegen mit ihrer Klage gegen die dreijährige, mit Unterrichtsaufnahme beginnende Wartefrist bei der Förderung privater Schulen. Allerdings müsse die Förderung durch den Staat insgesamt so ausgerichtet sein, daß sich die Wartefrist nicht als Sperre für die Errichtung neuer Schulen auswirke. Den Gründungseltern könne zwar die Finanzierung während einer Wartefrist auferlegt werden, denn wer besondere bildungspolitische Ziele verfolge, müsse eine Bereitschaft zu finanziellen Opfern mitbringen. Die Wartefrist dürfe aber nicht so bemessen sein, daß sie von vornherein entmutige und damit als faktische Einrichtungssperre wirke. (Nach „Stuttgarter Zeitung“ vom 7. 5. 1994.)

### Treffen des „Europäischen Forums für Freiheit im Bildungswesen“ Ende Mai in Bern

(cs) Vom 25. - 29. Mai fand unter breiter Beteiligung in Bern ein weiteres Treffen des E/F/F/E unter dem Thema „Wieviel Staat braucht die Schule?“ statt. Diskutiert wurden u.a. Fragen der Schulaufsicht und der Bildungsfinanzierung (hierzu gab es eine Arbeitsgruppe mit Udo Herrmannstorfer). Wir hoffen, über die Ergebnisse des Treffens in einer der nächsten Nummern des Rundbriefs noch ausführlicher berichten zu können.

### Associação Comunitária Monte Azul

(cs) Seit vielen Jahren haben Ute Craemer und ihre Mitarbeiter beispielhafte Arbeit für die brasilianischen Favela-Kinder geleistet. Der Jahresbericht 1993 der Initiative widerspiegelt in eindrucksvoller Weise die Arbeitsergebnisse:

Ende Januar trafen sich alle 106 Mitarbeiter und freiwilligen Helfer zu einer Studienwoche. Die Kindertagesstätten, Vorschule, Lehrwerkstätten in den Favelas Monte Azul und Peinha betreuen rund 700 Kinder, die in vielfältige Aktivitäten einbezogen sind (Feste, Berufs- und Handwerksepochen usw.). Im Juli fand in Monte Azul eine Fortbildungswoche über Kinderpsychologie statt, an der 100 Sozialarbeiter aus Südbrasilien teilnahmen. Es finden wöchentliche Ausbildungskurse für Kindergärtner, Vorschullehrer und Erzieher statt. Das Kulturzentrum Monte Azul ist ein Sammelpunkt für alle möglichen kulturellen Ereignisse wie z.B. Tanz, Chorsingen, Theater und Vorträge geworden.

Die Misere des öffentlichen Gesundheitswesens führt zu immer stärkerem Andrang zu dem Ambulatorium der Initiative, dessen Einzugsgebiet sich sogar über die Stadt Sao Paulo hinaus erstreckt. Inzwischen umfaßt die medizinische Versorgung auch die Zahnmedizin und die Psychotherapie. Eine Hebamme ist verantwortlich für die Schwangerenfürsorge, Familienplanung, Krebsvorsorge, Sexualerziehung und die ambulante Geburtshilfe. Bei der ans Unmenschliche grenzenden Massenabfertigung in den Krankenhäusern

(Kaiserschnitttrate 40-95%!) ist es nicht verwunderlich, daß der Ansturm der Schwangeren täglich größer wird.

Andere Arbeitsgebiete sind die Tischlerwerkstatt, die Web- und Backstuben, eine Vorschule, Müllrecycling, ein Slumsanierungsprojekt...

In der Arbeit versucht man völlige Offenheit nach außen mit bewußter spiritueller Substanzbildung nach innen zu verbinden.

Im September-Oktober 1994 werden Angela Gehrke (Hebamme) und Julieta Bertazi (Sozialarbeiterin) eine Vortragsreise durch Deutschland und die Schweiz unternehmen. Der Terminkalender ist zu erfahren durch: *Bernd Ruf, Hofäckerstr. 14, 76139 Karlsruhe, Fax: 0721-685733.*

Die Initiative ist für ihre aufopferungsvolle Arbeit immer wieder auf das Verständnis und die Spendenfreudigkeit vieler Freunde angewiesen. *Spendenkonto: Freunde der Erziehungskunst Rudolf Steiners, Postgirokonto Stuttgart: 39800-700. Stichwort: Monte Azul.*

Dias und Videos über Monte Azul sind erhältlich bei *Martina Uhlenhoff, Dorfstr. 3, 73089 Eckwälden/Bad Boll.*

### Modell Freier Wohnraum

Anliegen des „Modell Freier Wohnraum“ ist es, Wohn- und Arbeitsraum außerhalb der Zwänge des „freien Immobilienmarktes“ zur Verfügung zu stellen. Seit 1982 konnten 5 Häuser für zur Zeit 31 Bewohner finanziert und freigekauft werden; zunächst durch Schenkungen, Darlehen und Eigenleistungen. Inzwischen greift auch das Prinzip: „alte“ Häuser finanzieren neue. Derzeitige Nutzer sind 4 studentische Wohngemeinschaften, eine Familie und ein Naturkostfachgeschäft. Die Bewohner der Häuser übernehmen Mieter- und Vermieterfunktionen. Sie tragen Sorge für alle Belange des Zusammenlebens in den Häusern und für alle Belange der Hausverwaltung (Instandhaltung, Renovierung etc.).

Trägerverein ist der gemeinnützige „Hilfsverein für studentisches Wohnen und Wirtschaften“. Mitglieder sind in der Regel die Bewohner und ein Freundeskreis.

Gegründet wurde der Verein im Umfeld der Alanus-Kunsthochschule in Alfter bei Bonn. Er bemüht sich um die Zusammenarbeit von Studenten und Freundeskreis sowie der Alanus-Hochschule bei der Bildung eines erkenntnistotivierten Arbeits- und Wirtschaftslebens.

Das „Modell Freier Wohnraum“ bemüht sich derzeit um den Aufbau eines Netzwerks mit Initiativen und Einrichtungen auf dem gleichen Arbeitsfeld. Ein Forum für Erfahrungsaustausch und gegenseitige Hilfestellungen könnte so entstehen.

*Interessenten nehmen Kontakt auf mit: MODELL FREIER WOHNRAUM, Bahnhofstr. 31, D-53347 Alfter. Telefon: 02222-61778.*

# Bekanntmachungen und Termine

## Warum springt die Wirtschaft nicht? Aus Bedarf Wirtschaftswachstum machen!

Unter diesem Titel findet vom 2.-3. Juli 1994 eine Tagung des Seminars für Freiheitliche Ordnung e.V. in Bad Boll statt (Tagungsleitung: Fritz Andres, Jobst von Heynitz).

*Nähere Informationen und Anmeldeunterlagen über: Seminar für Freiheitliche Ordnung, Badstr. 35, 73087 Bad Boll, Tel.: 07164-3573.*

## Umgehen mit Spannungen und Konfliktpotentialen im Alltag -Praktische Gestaltung von Lebens- und Arbeitsbeziehungen

*Ein Anleitungs- und Übungsseminar mit Elaine Beadle und Albrecht Hemming im Stuttgarter Forum 3, 30.9. - 3.10. 94*

(um) Wir werden immer individueller und damit auch bewußter und empfindlicher, wenn es um unsere persönlichen Bereiche geht. Immer weniger wollen wir uns einfach anpassen, und ebenso besteht die Neigung, in Bereiche anderer, mit denen wir zusammenleben oder -arbeiten, einfach einzugreifen. Spannungen und Konflikte entstehen, die sich oft vermeiden ließen.

Elaine Beadle und Albrecht Hemming bieten einen neuen Weg angewandter sozialer Dreigliederung an, besser mit Spannungen fertig zu werden und Konfliktpotentiale zu verringern. Ziel ist es, diesen Weg in die eigene Situation umsetzen zu lernen. Das Seminar umfaßt Einzel- und Gruppenarbeit, Rollenspiele, Referate und eine Beschäftigung mit Goethes Märchen.

Beginn: Freitag 19.00, Ende Sonntag 16.00 Uhr. Kosten DM 200,-/150,-. In den Mittagspausen wird ein vegetarisches Essen angeboten. Wegen Teilnahmebegrenzung bitte bis spätestens 23.9. anmelden bei:

*Forum 3, Gymnasiumstr. 21, 70173 Stuttgart, Tel. 0711-291178 (Mo-Fr, 18.00 - 20.00 h, bis 1. Juli und ab 12. September. Konto: PGA Stgt, Kto.Nr. 3534-708 (BLZ 60010070).*

## Achberger Tagung zum Thema „Volkssouveränität“, 3. - 10. Juli 1994

„Das Souveränitätsproblem als Schlüsselfrage auf dem Weg zur Verwirklichung der Dreigliederung des sozialen Organismus“. An dieser Frage soll in der im wesentlichen als Gesprächszusammenkunft gedachten Tagung gearbeitet werden. Tagungsbeginn 3.7. 18.00 Uhr, Ende 10.7. 13.00.

*Nähere Information und Anmeldung: Internationales Kulturzentrum Achberg, 88147 Achberg, Humboldt Haus.*

## Menschheit an der Schwelle - Zur Krise des modernen Menschen - Öffentlicher Kongreß der Anthroposophischen Gesellschaft in Deutschland im Saalbau Witten, Do, 6. - So, 9. Oktober 1994

Beginn Donnerstag, 18.30 Uhr: Begrüßung: Friedhelm Dörmann. Ende Sonntag 12.30 Uhr.

*Vorträge:* „Krisen des modernen Bewußtseins - Gefährdung und Chancen“ (Dr. Karl-Martin Dietz). „An der Schwelle zum Leben - Phänomene der Inkarnation“ (Dr. Wolfgang Schad). „Schwellenübergänge im sozialen Leben der Gegenwart“ (Dr. Christoph Strawe). „Die

Sprache des Menschen - Brücke über Räume und Schwellen“ (Prof. Dr. Klas Diederich). „Betrachtungen zur Gegenwart aus musikalischer Sicht - mit Beispielen“ (Elmar Lampson). „Das Ringen mit der Schwelle in der Malerei“ (Alexander Schaumann). „Die Schwelle zur geistigen Welt und der Tod“ (Dr. Michaela Glöckler).

*Gesprächsgruppen und Seminare:* „Schwellensituation der Menschheit - Aufforderung zur Neugestaltung des sozialen Organismus“ (C. Strawe). „Zivilisationsphänomene und Schulungsfragen“ (K.M. Dietz). „Musik des 20. Jahrhunderts“ (Michael Kurtz, Richard Holmes). „Die Sprache des Menschen - Brücke über Räume und Schwellen“ (K. Diederich). „Sterben, Sterbebegleitung und Kultur“ (Marly Joosten). „Das Ringen mit der Schwelle in der Malerei“ (A. Schaumann). „Dichten im 20. Jahrhundert“ (Brigitte Espenlaub, Ulrich Kurtz, Peter Waterhouse). „Schwellenphänomene in der Medizin“ (Christian Kümell). „Schwellensituationen in der Biografie - Krisen als Chance zur Selbsterkenntnis“ (Heinz Verst).

Rezitationsabend (Martin Georg Martens). Musik und Eurythmie-Abend (Ulrike Bauer-Wirth, Klavier, Solistenensemble der Orchesterakademie Hamburg, Melaine McDonald, Eurythmie).

*Tagungskarten: Vorträge und Arbeitsgruppen DM 100,-, künstlerische Veranstaltungen DM 40,-. Anmeldeunterlagen über: Freies Bildungswerk Bochum, Kreuzstr. 11, 44784 Bochum (vormittags Tel.: 0234-67661).*

### Projekt mitteleuropäische Evolution

(cs/ah) Bei diesem Projekt handelt es sich um ein Befähigungsvorhaben für Führende, die die Grenzen der bloßen Machbarkeit erfahren haben und deshalb einen neuen Zugang zur eigenen Inspiration suchen. Gedacht wird dabei an Führende mit verantwortlichen Aufgaben in der Wirtschaft, im Kulturbereich, in der Rechtspflege, in Verbänden, Parteien, Kirchen und informellen Netzwerken. Der erste Jahreskurs soll im März 1995 mit einer Einführungswoche beginnen. Es sollen Wege erkundet werden zur Befähigung für die Schicksalsaufgabe, für ein lebendiges Recht, für Begegnungen und inspirierende Gespräche, für den Umgang mit evolutiven Denkbildern und für die Erarbeitung des zugehörigen Handwerkszeugs. Die Dauer des Befähigungsvorhabens wird sich über 9 Monate erstrecken und im Dezember 1995 enden. Die potentiellen Projektbegleiter sind: Elaine Beadle, Albrecht Hemming, Anna Merklin, Dr. med. Hans-Jürgen Scheurle und Herbert Wolpert.

*Wer sich angesprochen fühlt, nimmt Kontakt auf mit: MIRA Entwicklungsbegleiter, Im Rondell 1, D-79219 Staufen, Tel.: 07633-500531, Fax: 07633-500633.*

### Fortbildungsreihe „Individualität und soziale Verantwortung“

Dem Rundbrief liegen Prospekte und Plakate über die im Rahmen der Fortbildungsseminare stehende Tagung „Arbeitslosigkeit - Schicksal oder Anforderung zum Udenken“ (17. - 20. 11. 94 in Berlin) bei, außerdem Prospekte über die neuen Einführungsangebote (Hamburg, Frankfurt, Kassel). Die Prospekte enthalten auch eine Vorschau über weitere Planungen. Es wäre schön, wenn viele Freunde Möglichkeiten zum Aushängen der Plakate finden könnten. Nachbestellung von Prospekten und Plakaten über: *Institut für soziale Gegenwartsfragen Stuttgart, Haußmannstr. 44a, D-70188 Stuttgart, Tel.: 0711-2368950, Fax: 0711-2360218.*

## Wenn die Bürokratie auf den Hund kommt...

(cs) Eine „konstitutive Neufassung der Hundehaltungsverordnung“ war seit langem überfällig, war doch die alte Verordnung bereits 20 Jahre alt. Ein so wesentlicher Schritt sozialer Innovation bedarf natürlich gründlicher Beratung. So werden 28 Verbände und 12 Ministerien geladen, darunter das Kanzleramt, die Ministerien für Familie, Verteidigung und Bauwesen, die Deutsche Forschungsgemeinschaft und die Max-Planck-Gesellschaft.

Im Zuge der intensiven Bemühungen der deutschen Beamenschaft um die Verschlinkung des Staates gelang es, eine nur 25 Seiten umfassende Akte über das Thema vorzulegen. In dieser Akte erfährt man, daß der „canis lupus f. familiaris“ - schon vom Namen her der besonderen Fürsorge des Familienministeriums würdig - Anspruch hat „auf eine allseitig wärmegeämmte Schutzhütte“, deren Boden in der engeren Umgebung griffig beschaffen sein muß, nämlich - wie aus der Tabelle in der Anlage hervorgeht - 55 x 55 x 60 bis 150 x 90 x 100 cm. Das ganze soll „die Lichtstärke von 10 Lux tagsüber nicht unterschreiten. Die Wohnfläche im Zwinger beträgt 4-10 m<sup>2</sup>“.

Betrifft dieser Passus vor allen Dingen das Ministerium für Bauwesen, so erscheint der folgende mehr in den Bereich des Gesundheitsministeriums zu fallen: § 8: „Ein wöchentlicher Fastentag ist zulässig.“ Nach § 2 hat der deutsche Hund auch das unveräußerliche Recht auf Zuwendung, „täglich zwei Stunden, für Hunde in der Gruppe eine halbe Stunde... durch Spielen, Körper- und Lautkontakt“.

Damit das Hundeleben in keiner Hinsicht ungeregelt verlaufe, wurde auch der Beschaffenheit der Kette, an die der deutsche Hund zu legen ist, gebührende Aufmerksamkeit gewidmet. Ihre „Glieder müssen der Größe und Zugkraft nach angepaßt sein und 3,2 Millimeter nicht überschreiten“ (§ 6 Abs. 2).

Ein hohes Maß an Flexibilität läßt die Formulierung erkennen, daß von der Verordnung „befristete Ausnahmen“ zugelassen werden können (§ 9). In ähnliche Richtung deutet der Satz: „Zur Anpassung an die Erfordernisse dieser Verordnung werden Übergangszeiten festgelegt.“ Die Verordnung hat erfreulicherweise „keine finanziellen Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte“, auch „Auswirkungen auf die Umwelt sind nicht zu erwarten“. Diese Formulierungen lassen auch erkennen, warum es zwingend erforderlich erscheinen muß, mit dieser Angelegenheit das Finanz- und Umweltministerium zu befassen.

Ein gewisser Mangel scheint allerdings darin zu liegen, daß die Auswirkungen der Verordnung auf europäischer Ebene noch wenig reflektiert wurden: Darf der deutsche Hund - im Rahmen der „Subsidiarität“ einen höheren Standard an Fürsorge genießen als seine italienischen oder französischen Kollegen? - Ergeben sich nicht wettbewerbsrechtliche Probleme im Bereich des Marktes für Hundehütten, mit denen u.U. der Europäische Gerichtshof zu befassen wäre? - Fragen über Fragen, deren Klärung überfällig ist und mit der notwendigen Verantwortlichkeit und Sorgfalt angegangen werden sollte.

Von den Spitzengremien des Verbandes deutscher Hunde soll die vorliegende Akte immerhin bereits mit einem dreifach kräftigen, beifälligen „Wau-Wau“ aufgenommen worden sein.

PS: Wir verdanken diese Geschichte der Journalistin Susanne Offenbach, die das Thema in einem Kommentar aufspießte („Sonntag aktuell“ Nr. 19, Stuttgart 8. 5. 1994).

# Arbeitslosigkeit - Krise und Chance

Wie kann die Dreigliederungsbewegung aktiv werden?

Arbeitstreffen der Initiative „Netzwerk Dreigliederung“ im Anschluß  
an die Berliner Tagung zum Thema „Arbeitslosigkeit“

Sonntag, 20. November 1994

Rudolf Steiner Schule Berlin, Clayallee 118, D-14195 Berlin

Beginn 14.30 Uhr - Ende ca. 18.00 Uhr

Das Treffen soll einerseits Teilnehmern der Tagung (siehe beiliegenden Prospekt) ermöglichen, die Initiative „Netzwerk Dreigliederung“ kennenzulernen. Es soll andererseits der Nachbesprechung der Tagung im Hinblick auf eine kontinuierliche Arbeit an dem Thema dienen. Dabei wird es vor allem auch um den Erfahrungs- und Ideenaustausch über regionale Aktivitäten gehen (wozu Beiträge erbeten sind). Das Gespräch wird von Christoph Strawe mit einer Darstellung der Initiative „Netzwerk“ eingeleitet.

Da viele „Netzwerker“ sowieso bei der Tagung anwesend sein werden, ist eine besondere Anmeldung nicht erforderlich.

Im Anschluß an das Treffen möchten wir gerne im Kreis der „Kostenausgleicher“ den Etat 95 besprechen. Es wäre sehr schön, wenn sich möglichst viele Kostenausgleicher die Zeit bis etwa 19.30 hierfür reservieren könnten.

✂ .....

## Antwortformular

Bitte ausfüllen und einsenden an Initiative "Netzwerk Dreigliederung", Büro Strawe, Haußmannstr. 44a, D-70188 Stuttgart

**0 Bitte schicken Sie mir bis auf Widerruf den "Dreigliederungs-Rundbrief" zu** (mein Kostenbeitrag für den Rundbrief beträgt DM ..... /Jahr).

**0 Bitte schicken Sie mir ..... Expl. Probenummern des Rundbriefs zum Weitergeben (Werbung).**

**0 Bitte schicken Sie eine Probenummer des Dreigliederungs-Rundbriefs an die folgende Adresse: .....**

.....

Name des Absenders.....  
(Name und Adresse bitte in Druckschrift)

Adresse/Telefon.....

Datum, Unterschrift .....



